

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

November 1958



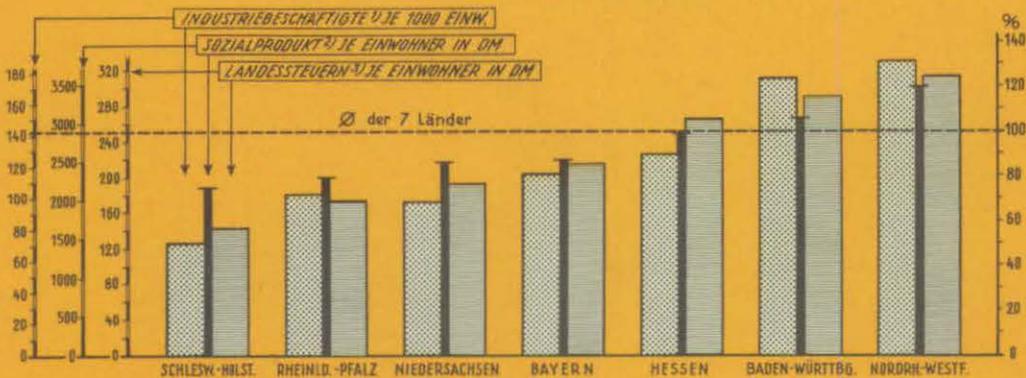
10. Jahrgang · Heft 11

INHALT

Gesamtüberblick	259	Die Struktur der Fürsorge- empfänger im Jahre 1957	274
Die Baugenehmigungen im Jahre 1957	261	Die natürliche Bevölkerungs- bewegung im Jahre 1957	282
Die Grundstücks- und Schiffs- hypothenen von 1954 bis 1957	265	Kurzberichte	
Arbeiterverdienste in Industrie und Baugewerbe 1957 und 1958	271	Lohnstrukturvergleich der Industrie- arbeiter in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet	284
<i>Graphik des Monats: „Berufspendler in Schleswig-Holstein“</i>			276
Tabellenteil			79*

D-2412

INDUSTRIALISIERUNGSGRAD UND LANDESSTEUERAUFKOMMEN 1957
SOWIE SOZIALPRODUKT 1956



1) nach der monatlichen Industrieberichterstattung, ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
2) Inlandsprodukt zu Faktorkosten 3) nach Abzug des Bundesanteils

Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel

DIE ABWEICHUNGEN SCHLESWIG-HOLSTEINS VOM BUNDESDURCHSCHNITT

- in % -

Bezeichnung	Jahreszahlen ¹					Vierteljahreszahlen ¹				Monatszahlen			
	1950	Zeit	1956 bzw. 1956/57	1957 bzw. 1957/58	1958	Zeit/ Stand	1956	1957	1958	1958			dagegen August 1957
										Juni	Juli	Aug.	
Wanderung je 1 000 Einwohner (Mobilitätsziffer)	+ 53		+ 22	+ 23		Jan.- März	+ 17	+ 20	+ 22				
Vertriebene ² je 100 Einwohner	+ 95	Juli- Juni		+ 57		30.6.		+ 58	+ 55				
Schüler ³ je 10 000 Einwohner (Stand jeweils 1.5.)	+ 20 ^a		+ 24	+ 20									
Volkseinkommen - Netto-Inlandsprodukt zu Faktor- kosten - je Einwohner	- 31		- 27	p- 24									
Beschäftigte Arbeitnehmer je 1 000 Einwohner (Stand jeweils 31.3.)	- 19,4		- 14	- 13	- 12								
Arbeitslose ² je 100 Arbeitnehmer	+ 145	Okt.- Sept.	+ 114	p+ 83		Juli- Sept.	+ 174	+ 126	p+ 94	+ 94	+ 86	+ 84	+ 117
Beschäftigte in der Industrie ² je 1 000 Einwohner	- 59	Juli- Juni	- 50	- 49		April- Juni	- 50	- 50	- 49	- 49	- 49	- 49	- 48
Geleistete Arbeitsstunden in der Bauwirtschaft je Einwohner										p+13,6	p+7,2	p+10,0	+ 0,9
Industriearbeiter (männliche Facharbeiter) Wochenarbeitszeit ⁴	- 0,2 ^b					Mai	+ 3,2	+ 7,5	+ 4,8				
Bruttostundenverdienst	- 6,0 ^b					Mai	- 5,4	- 4,4	- 3,1				
Bruttowochenverdienst	- 6,2 ^b					Mai	- 2,2	- 1,1	+ 0,2				
Pkw und Lkw Bestand (jeweils am 1.7.) je 1 000 Einwohner	- 28		- 12	- 12	- 10								
Zulassungen ⁵ je 1 000 Einwohner	- 34	Sept.- Aug.	- 12	- 6		Juni- Aug.	- 23	- ,7	- 2	- 2	- 5	+ 1	- 2
Spareinlagen ² je Einwohner	- 38	Sept.- Aug.	- 29	- 28		Juni- Aug.	- 30	- 28	- 29	- 29	- 29	- 28	- 27
Landessteuern ⁶ je Einwohner	- 49	Juli- Juni	- 47	- 44		April- Juni	- 48	- 47	- 41	- 44	- 25	- 35	- 40
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital je Einwohner	- 37	Juli- Juni	- 42	- 43		April- Juni	- 42	- 47	- 45				
Umsatzsteuer ⁷ je Einwohner	- 34	Juli- Juni	- 39	- 37		April- Juni	- 39	- 40	- 37	- 36	- 38	- 32	- 33
In der offenen Fürsorge lfd. unterstützte Personen ⁸ je 100 Einwohner	+ 29		+ 60	+ 61		31.3.	+ 46	+ 60	+ 56				

1) Kursivzahlen = rollende Jahres- bzw. Vierteljahreszahlen 2) bei Jahres- und Vierteljahreszahlen Ø des angegebenen Zeitraumes 3) in allgemeinbildenden Schulen 4) 1950 und 1956 bezahlte, ab 1957 geleistete Arbeitszeit 5) fabrikneuer Fahrzeuge 6) einschl. Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 7) einschl. Umsatzausgleichsteuer 8) Bestand am Ende des angegebenen Zeitraumes
a) 1951 b) September 1950

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

November 1958



10. Jahrgang · Heft 11

Gesamtüberblick*

WEITERE ERGEBNISSE

DER GEHALTS- UND LOHNSTRUKTURERHEBUNG 1957



Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in der Industrie hat sich gegenüber 1951 verändert: Der Anteil der Frauen ist von 14% auf 20% gestiegen. Hinsichtlich der Qualifikation ergaben sich gleichfalls Umschichtungen: Bei den Männern hat der Anteil der Facharbeiter an der gesamten männlichen Arbeiterschaft abgenommen und der Anteil der angelernten Arbeiter zugenommen. Der Anteil der ungelernten Arbeiter blieb ziemlich unverändert. Bei den Frauen gab es 1957 mehr ungelernte und weniger angelernte Arbeiterinnen als 1951.



STEIGENDE VERDIENSTE IN INDUSTRIE UND HANDEL

In Industrie und Baugewerbe betrug die geleistete Wochenarbeitszeit der männlichen Arbeiter im August 1958 durchschnittlich 45,0 Stunden und die der Frauen 41,3 Stunden. Dabei verdienten die Männer im Durchschnitt 2,46 DM brutto je Stunde und die Frauen 1,54 DM (19 Dpf bzw. 14 Dpf mehr als im August 1957), so daß sich eindurchschnittlicher Bruttowochenverdienst von 120 DM für die Männer und 67 DM für die Frauen ergab (+ 10 DM bzw. + 5 DM).

Die Angestellten in Industrie und Baugewerbe verdienten durchschnittlich im August 1958

	männl.	weibl.
kaufm. Angestellte	595 DM	385 DM
techn. Angestellte	701 DM	409 DM

Damit haben sich die Monatsgehälter der kaufmännischen Angestellten in einem Jahr um 35 DM bzw. 25 DM erhöht, für die technischen Angestellten um 47 DM bzw. 26 DM.

*) Angaben für den Bund jeweils ohne Saarland und Berlin (West)

Im Handel verdienten die männlichen kaufmännischen Angestellten durchschnittlich 541 DM, die weiblichen 335 DM, das sind 40 DM bzw. 27 DM mehr als im August 1957.



ZUNAHME DER AUSFUHR

Von Januar bis September 1958 hat Schleswig-Holstein Waren im Werte von 581 Mio DM ausgeführt; das sind 19 Mio DM (+3%) mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von der Gesamtausfuhr entfielen 238 Mio DM (41%) auf Wasserfahrzeuge; läßt man diese außer Betracht, so ergibt sich eine Ausfuhrzunahme von 27 Mio DM (+8%).



ZUNAHME DER BAUGENEHMIGUNGEN

Von Juni bis September 1958 wurden Baugenehmigungen für 9 693 Wohnungen erteilt; das sind 12% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

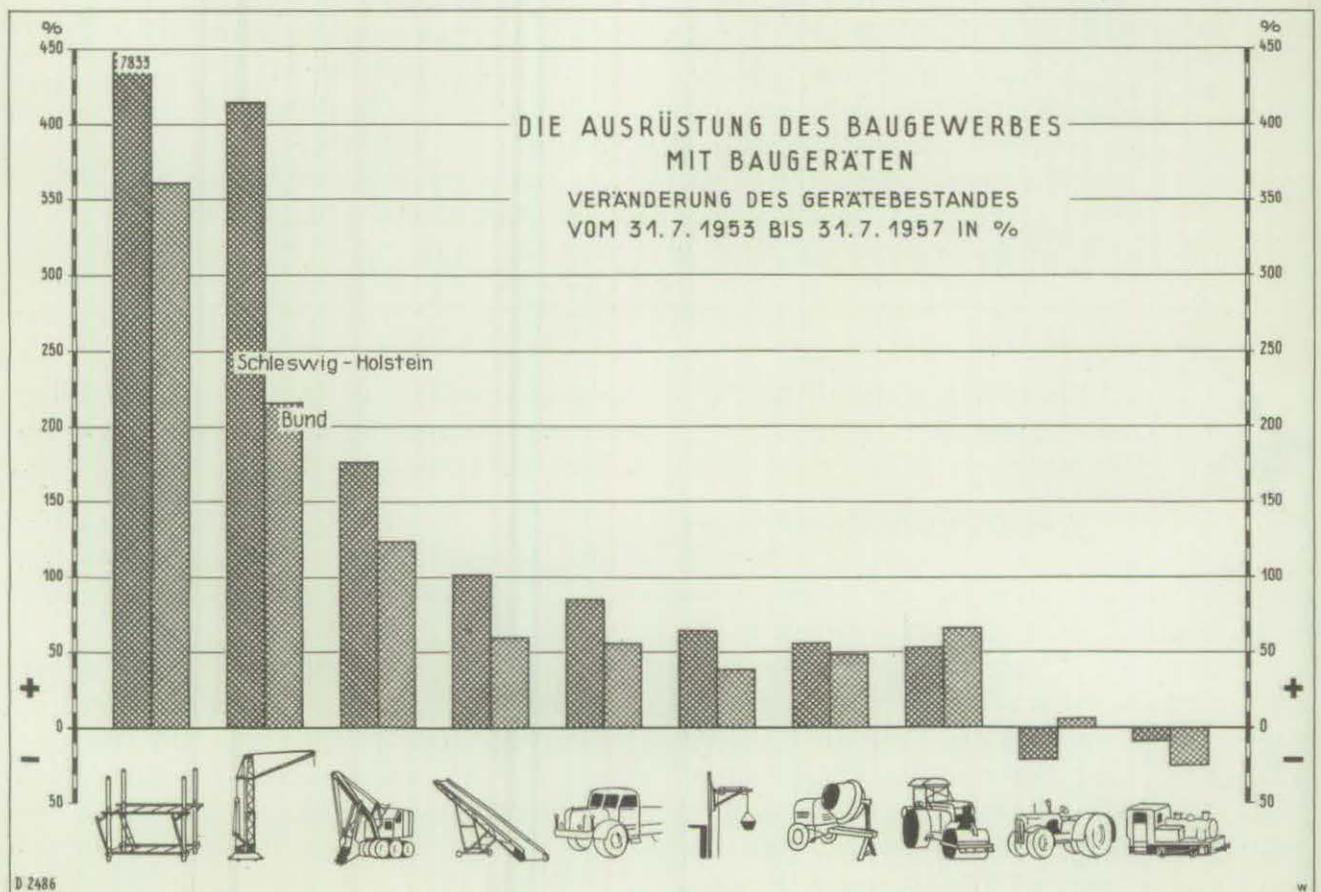
WEITERHIN ANSTIEG DES BAUVOLUMENS

Die Baugenehmigungen der Monate April bis September 1958 umfaßten einen umbauten Raum von durchschnittlich 1 164 m³ je Monat. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum betrug das durchschnittliche Bauvolumen 972 m³ je Monat.



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SEPTEMBER UM EIN DRITTEL GESTIEGEN

Im September 1958 stieg die Zahl der Straßenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein im Vergleich zum September 1957 um 35% auf insgesamt 3 033 Unfälle. Bei 1 243 Unfällen mit Personenschaden wurden 46 Personen getötet (im Vorjahr 31); die Zahl der verletzten Personen stieg um 46% auf 1 531.



Die Baubehörden des Landes erteilten im Laufe des Jahres 1957 Baugenehmigungen für fast 21 000 Wohnungen in Wohngebäuden, das sind um 6 % mehr als 1956. Der Bauüberhang 1957/58 lag mit 19 500 Wohnungen etwas über dem des Vorjahres. Da aber im ersten Halbjahr 1958 weniger Wohnungen zum Bau freigegeben wurden als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1957, und da die Bausaison in diesem Jahr infolge der schlechten Witterung erst spät einsetzte, kann vermutet werden, dass 1958 das Bauergebnis von 1957 nicht erreicht werden wird. — Das geplante Bauvolumen des Nichtwohnungsbaus war 1957 mit 3,6 Mio cbm umbauten Raumes um 23 % höher als 1956. — Werden alle 1957 genehmigten Bauvorhaben ausgeführt, so fließen hierdurch der Bauwirtschaft 578 Mio DM zu, über ein Viertel mehr als 1956 (geplante Bausumme 456 Mio DM). Fast 73 % der veranschlagten Bauinvestitionen werden von dem Neubau von Wohngebäuden und dem Wiederaufbau von Kriegszerstörungen beansprucht. Bei den Nichtwohngebäuden entfallen zwei Drittel (104 Mio DM) der veranschlagten reinen Baukosten in der Hauptsache auf gewerbliche Betriebsgebäude. — Die veranschlagten Baukosten nahmen insgesamt, d. h. für Wohn- und Nichtwohngebäude von 1956 auf 1957 um 26 % zu. Die Zuwachsrate des umbauten Raumes hatte nur 19 % betragen. Die Differenz zwischen den beiden Zuwachsraten erklärt sich aus Preissteigerungen, der verbesserten Ausstattung der Wohnungen sowie aus Änderungen in der Zusammensetzung nach der Art der Bauvorhaben. Für fast 90 % der neu zu erstellenden Wohnungen waren sowohl 1956 als auch 1957 die "Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen" und die "privaten Haushaltungen" die Initiatoren. — Bezieht man die veranschlagten reinen Baukosten auf die Wohnungseinheit, so ergibt sich, dass die Erstellung einer Wohnung 1957 über 20 000 DM (1954: 13 500 DM) kostete. — Für alle geplanten Bauvorhaben im Wohnungsbau war die durchschnittliche Zahl der Wohnungen je Gebäude zwischen 1954 und 1956 von 1,9 auf 2,2 angestiegen, 1957 ging sie wieder auf 2,0 zurück. — Von den 23 400 genehmigten Wohnungen wurden 70 % in den Landkreisen und 30 % in den kreisfreien Städten gebaut. Auf 1 000 Einwohner wurden 1957 in Schleswig-Holstein 10,4 Wohnungen zum Bau genehmigt.

Die Baugenehmigungen im Jahre 1957

Das Bauergebnis des Jahres 1957 erreichte mit rund 22 000 Wohnungen nicht ganz das Ergebnis des Rekordjahres 1956. Da die effektive Bauleistung 1958 - gemessen an der Zahl der fertiggestellten Wohnungen - erst im folgenden Jahr vorliegen wird, andererseits aber aus verschiedenen Gründen möglichst frühzeitig Anhaltspunkte über die weitere Entwicklung im Wohnungsbau verlangt werden, ist es notwendig, für solche Überlegungen vorausblickend die Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik zu verwerten. Ein hohes anhängiges Bauvolumen läßt unter normalen Umständen erfahrungsgemäß mit ziemlicher Sicherheit auf ein hohes Bauergebnis des jeweiligen Jahres schließen. Insbesondere ergibt aber eine Darstellung der von den Bauämtern des Landes erteilten Baugenehmigungen wesentliche Aufschlüsse über die Struktur des zu erwartenden Bauergebnisses.

Die Baubehörden des Landes erteilten im Laufe des Jahres 1957 Baugenehmigungen für annähernd 21 000 Wohnungen in Wohngebäuden, das sind um rund 6% mehr als 1956. Dementsprechend lag auch der Bauüberhang am Ende des Jahres 1957 mit rund 19 500 Wohnungen

etwas über dem des Vorjahres. Da aber die Zahl der im 1. Halbjahr 1958 eingegangenen Baugenehmigungen - verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1957 - wesentlich (- 12%) geringer ist, ist insgesamt gesehen das seit Beginn 1958 veranschlagte Bauvolumen kleiner. Hinzu kommt, daß wegen des witterungsbedingten späten Einsetzens der diesjährigen Bausaison auch die Zahl der bisher als fertiggestellt gemeldeten Wohnungen hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist. Aus den oben genannten Gründen liegt die Vermutung nahe, daß 1958 das Bauergebnis von 1957 nicht ganz erreicht werden wird.

Noch stärker als im Wohnungsbau hat das geplante Bauvolumen im Nichtwohnungsbau zugenommen. Während im Wohnungsbau im Jahre 1957 7,4 Mio cbm umbauten Raumes - das sind 17% mehr als im Vorjahr - aus den Baugenehmigungen zu entnehmen waren, verzeichnete der Nichtwohnungsbau mit 3,6 Mio cbm umbauten Raumes ein gegenüber 1956 um 23% vergrößertes Bauvolumen. Diese Steigerung des Auftragseingangs im Nichtwohnungsbau ist nicht nur wie 1956 fast ausschließlich der Investi-

Tab. 1 1957 erteilte Baugenehmigungen¹ nach Art der Bauvorhaben, Größe und veranschlagten Kosten

Art der Bauvorhaben	Gebäude	darin Wohnungen		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
		absolut	Veränderung gegenüber 1956 in %	in 1 000 cbm	Veränderung gegenüber 1956 in %	in Mio DM	Veränderung gegenüber 1956 in %
Wohngebäude	10 480	20 861	+ 6	7 416	+ 17	422	+ 27
Nichtwohngebäude	4 851	143	- 52	3 565	+ 23	156	+ 28
davon							
Anstaltsgebäude	100	28	- 81	291	+ 108	21	+ 133
Bürogebäude	55	16	- 53	185	+ 16	17	+ 55
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 241	4	- 43	693	+ 9	14	+ 17
Sonstige Nichtwohnbauten	3 455	95	- 14	2 396	+ 21	104	+ 16

1) Neu- und Wiederaufbau

tionsplanung der gewerblichen Wirtschaft - in der Statistik "sonstige Nichtwohnungsbauten" - zuzuschreiben; 1957 tragen auch alle anderen Arten von Nichtwohngebäuden, das sind Anstaltsgebäude, Bürogebäude und landwirtschaftliche Betriebsgebäude, zu dem vergrößerten Bauvolumen bei. Besonders stark war der Zuwachs bei den Anstaltsgebäuden. Dies dürfte in der Hauptsache auf verstärkte Baumaßnahmen für die Bundeswehr zurückzuführen sein.

Die Baugenehmigungen für Anstaltsgebäude haben sich nach dem umbauten Raum gegenüber 1956 etwa verdoppelt. Erwähnenswert ist außerdem die Entwicklung der Baugenehmigungen für die Erstellung landwirtschaftlicher Betriebsgebäude als Auswirkung des Grünen Planes. Während 1956 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang des Bauvolumens für landwirtschaftliche Betriebsgebäude um 12% festgestellt worden ist, ist 1957 eine Zunahme um 9% zu verzeichnen.

Wenn alle 1957 genehmigten Bauvorhaben¹ ausgeführt werden, fließen hierdurch der Bauwirtschaft 578 Mio DM zu. Gegenüber 1956, mit einer geplanten Bausumme von ca. 456 Mio DM, sind dies über ein Viertel mehr. Fast 73% der veranschlagten Bauinvestitionen werden von dem Neubau von Wohngebäuden und dem Wiederaufbau von Kriegszerstörungen in Anspruch genommen. Bei den Nichtwohngebäuden entfallen zwei Drittel (104 Mio DM) der veranschlagten reinen Baukosten in der Hauptsache auf gewerbliche Betriebsgebäude. Das letzte Drittel der veranschlagten Bausumme für Nichtwohngebäude verteilt sich auf Anstaltsgebäude (13%), Bürogebäude (11%) und landwirtschaftliche Betriebsgebäude (9%).

Wie bereits erwähnt, haben für alle baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben entsprechend der Zunahme des umbauten Raumes auch die dafür veranschlagten Baukosten zugenommen. Die Zuwachsrate des umbauten Raumes 1957 - verglichen mit 1956 - betrug insgesamt, also für Wohn- und Nichtwohngebäude, 19%, die der Bausumme 26%. Die Differenz zwischen diesen beiden Zuwachsraten erklärt sich durch das

Zusammenspiel dreier Faktoren, die im einzelnen an Hand des vorliegenden statistischen Materials nicht getrennt dargestellt werden können.

Diese Faktoren sind:

1. Preissteigerungen im Baugewerbe
2. qualitative und Ausstattungsverbesserungen, insbesondere im Wohnungsbau, und
3. Änderungen in der Zusammensetzung der Art der Bauvorhaben, insbesondere beim Nichtwohnungsbau.

Unterstellt man, daß die Baupreise 1957 gegenüber 1956 um rund 5% gestiegen sind², so ergibt sich, daß beim Wohnungsbau etwa die Hälfte der über die Zunahme des Bauvolumens hinausgehenden Steigerung der Bausumme auf Preisanstiege im Baugewerbe, die andere Hälfte auf verbesserte Ausstattung, vergrößerte Wohnungen und - wie später zu zeigen sein wird - auf einen größeren Anteil des Einfamilienhauses zurückzuführen ist. Beim Nichtwohnungsbau insgesamt ist diese Bausummendifferenz im wesentlichen durch die Preissteigerung allein erklärt. Innerhalb der einzelnen Arten der Nichtwohngebäude liegen die Ursachen aber doch sehr verschieden. Insbesondere sind es die Bürogebäude und die Anstaltsgebäude, bei denen im wesentlichen andere als Baupreisfaktoren die erhöhte Bausumme hervorgerufen haben. Bei den gewerblichen Betriebsgebäuden - die Hauptmasse unter den für "sonstige Wohngebäude" ausgewiesenen Baugenehmigungen - liegen die Dinge entgegengesetzt. Die Zuwachsrate der veranschlagten reinen Baukosten für die gewerblichen Gebäude blieb trotz einer gewissen Preissteigerung hinter der volumemäßigen Zuwachsrate zurück.

Als Bauherren hielten sich - gemessen an der Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen - 1957 wie auch 1956 die "Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen" und die "privaten Haushaltungen" etwa die Waage. Zusammen sind sie die Initiatoren von fast 90% der neu zu erstellenden Wohnungen. Von den anderen Bauherrngruppen haben für den ge-

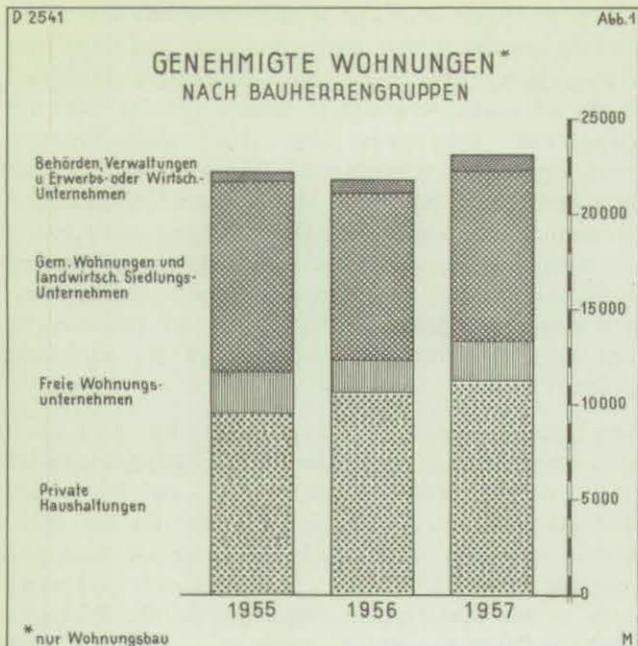
Tab. 2 1957 erteilte Baugenehmigungen für Wohngebäude¹ nach Bauherren

Bauherren	Gebäude		darin Wohnungen		Umbauter Raum			Veranschlagte reine Baukosten		
	absolut	absolut	in %		in 1 000 cbm	in %		in 1 000 DM	in %	
			1957	dagegen 1956		1957	dagegen 1956		1957	dagegen 1956
Behörden und Verwaltungen	162	397	2	2	146	2	2	9 895	2	2
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	3 630	8 877	43	44	2 904	39	37	158 731	38	37
Freie Wohnungsunternehmen	358	2 086	10	9	616	8	8	36 450	9	8
Erwerbs- oder Wirtschaftsunternehmen	88	386	2	1	128	2	2	7 732	2	2
Private Haushaltungen	6 242	9 115	44	44	3 622	49	52	208 954	50	52
Bauherren insgesamt	10 480	20 861	100	100	7 416	100	100	421 762	100	100

1) Neu- und Wiederaufbau

1) ohne Bauvorhaben für Gebäudeteile

2) Preisindex für den Wohnungsbau im Bundesgebiet (1936 = 100), 1956 : 255, 1957 : 267



kennende Tendenz zum Mehrfamilienhaus unterbrochen wird, und daß das Ein- und Zweifamilienhaus in der Bauplanung wieder an Bedeutung gewinnt. Für alle geplanten Baumaßnahmen im Wohnungsbau war die durchschnittliche Zahl der Wohnungen je Gebäude in der Zeit von 1954 bis 1956 stetig von 1,9 auf 2,2 angestiegen, 1957 ging sie wieder auf 2,0 zurück (vergl. Tabelle 3). Diese Entwicklung dürfte auch als Auswirkung des den Gedanken des Familienheims fördernden 2. Wohnungsbaugesetzes zu erklären sein. Die verstärkte Neigung zum Ein- und Zweifamilienhaus ab 1957 trifft auch im einzelnen für die Bauherrengruppen der "Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen" und der "Privaten Haushaltungen" zu. Zu den Bauherren, die in ihrer Planung seit 1954 stets dem Mehrfamilienhaus ein großes Gewicht beigemessen haben, gehören die "Freien Wohnungsunternehmen" und "Behörden und Verwaltungen". Die "Erwerbs- und

planten Wohnungsbau nur noch die "Freien Wohnungsunternehmen" eine gewisse Bedeutung, während die "Behörden und Verwaltungen" und die "Erwerbs- und andere Wirtschaftsunternehmen" in dieser Hinsicht, wie auch im Vorjahr, unmittelbar weniger aktiv sind. Die letztgenannten Bauherrengruppen treten verhältnismäßig wenig selbst als Bauherren auf.

Vom umbauten Raum und von der Summe der veranschlagten reinen Baukosten her gesehen verschiebt sich wie 1956 das Bild des Anteils an den erteilten Baugenehmigungen für Wohngebäude stark zugunsten der privaten Bauherren. Diese vereinigen auf sich über die Hälfte des 1957 geplanten Bauvolumens und der veranschlagten reinen Baukosten. Diese Verlagerung geht fast ganz auf Kosten der Bauherrengruppe "Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen".

Nimmt man die Durchschnittszahl der Wohnungen je Wohngebäude, die von den Baubehörden des Landes zum Bau freigegeben worden sind, als Faustzahl für die Entwicklung des Baus von Einfamilienhäusern und Kleinsiedlungen, so läßt sich aussagen, daß 1957 die seit 1954 zu er-



Tab.3 Durchschnittliche Grösse und Baukosten der 1954 - 1957 genehmigten Wohngebäude¹ nach Bauherren

Bauherren	Wohnungen je Wohngebäude				Veranschlagte reine Baukosten							
					je Wohnung				je cbm umbauten Raumes			
	1954	1955	1956	1957	1954	1955	1956	1957	1954	1955	1956	1957
in DM												
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2,2	2,7	3,2	2,4	12 168	13 199	14 348	17 881	44	48	52	55
Freie Wohnungsunternehmen	2,0	2,5	3,3	5,8	13 313	13 816	14 991	17 474	46	49	53	59
Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen	4,7	4,3	3,3	4,4	14 217	18 487	20 091	20 031	46	54	57	60
Behörden und Verwaltungen	1,8	1,8	2,0	2,5	19 443	19 485	16 199	24 924	57	50	59	68
Private Haushaltungen	1,5	1,5	1,6	1,5	14 454	17 737	19 618	22 924	43	48	53	58
Bauherren insgesamt	1,9	2,0	2,2	2,0	13 496	15 332	16 861	20 218	44	48	53	57

1) ohne Umbau und Gebäudeteile

Wirtschaftsunternehmen" als Bauherren haben in den Jahren 1954 bis 1956 in ihren geplanten Bauvorhaben das Mehrfamilienhaus stark bevorzugt. Bis 1956 hat aber auch diese Bauherrengruppe die Gebäudegröße - gemessen an der darin enthaltenen durchschnittlichen Zahl von Wohnungen - vermindert. In ihrer Bauplanung 1957 wenden sich diese Bauherren aber wieder verstärkt der Erstellung von Mehrfamilienhäusern zu.

Bezieht man die veranschlagten reinen Baukosten auf die Wohnungseinheit, so ergibt sich aus der Baugenehmigungsstatistik, daß im Durchschnitt die geplanten Baukosten je Wohnung seit 1954 um rund 50% gestiegen sind. An dieser Kostensteigerung sind - wie bereits erwähnt - sowohl Preissteigerungen als auch Ausstattungsverbesserungen und Vergrößerungen der Wohnung beteiligt. In der Bauplanung 1957 kostete die Erstellung einer Wohnung über 20 000 DM gegenüber 13 500 DM 1954.

Verglichen mit 1954 sind die Baukosten je Wohnung bei den "Privaten Bauherren" relativ am stärksten gestiegen (+ 59%), am schwächsten dagegen bei den Bauherrengruppen der "Behörden und Verwaltungen" und den "Freien Wohnungsunternehmen" (+ 28 bzw. 31%). Die Kostenplanung der "Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmen" und der "Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen" liegt ebenfalls noch unter der durchschnittlichen Kostenentwicklung aller genehmigten Wohnungseinheiten.

Da - bezogen auf die Wohnungseinheit - auch der umbaute Raum zugenommen hat, ist die Kostensteigerung je cbm umbauten Raumes nicht so stark wie die je Wohnung. Sie beträgt gegenüber 1954 etwa 30%. 1957 sind für den cbm umbauten Raumes 57 DM an reinen Baukosten veranschlagt worden. Wesentliche andere Erkenntnisse als bei der Betrachtung der Kosten je Wohnung ergeben sich jedoch im einzelnen hinsichtlich der Bauherrengruppen nicht, weil die volumenmäßige Entwicklung der Wohnungen bei allen Bauherrengruppen etwa im Einklang steht.

Die Bauintensität im Wohnungsbau hat sich nach den Ergebnissen der Baugenehmigungsstatistik 1957 von den kreisfreien Städten auf die Landkreise verlagert. Von den 23 400 von den Baubehörden zum Bau freigegebenen Wohnungen werden rund 70% in den Landkreisen und etwa 30% in den kreisfreien Städten gebaut. Bezogen auf die Einwohnerzahl ergibt sich, daß je 1 000 Einwohner im Land insgesamt 10,4, in den kreisfreien Städten 9,9 und in den Landkreisen 10,5 Wohnungen zum Bau genehmigt worden sind. 1956 lagen diese Relationen noch umgekehrt: im Durchschnitt der kreisfreien Städte waren es 11,2 und in dem der Landkreise 9,3, bei einem Landesdurchschnitt von 9,8 Wohnungen.

Kiel, das 1956 noch eine starke überdurchschnittliche Bauintensität aufzuweisen hatte, liegt - vermutlich u. a. wegen der schwierigen Baulandbeschaffung - nur noch geringfügig über

Tab. 4 1957 erteilte Baugenehmigungen nach Kreisen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baufwand			Wohnungen		
	in 1 000 DM	je Einwohner DM	Abweichungen vom Landesdurchschnitt in %	absolut	je 1 000 Einwohner	Abweichungen vom Landesdurchschnitt in %
Flensburg	23 520	251	- 13	806	8,6	- 17
Kiel	88 449	341	+ 18	2 708	10,5	+ 1
Lübeck	60 093	261	- 10	2 263	9,8	- 6
Neumünster	19 041	263	- 9	738	10,2	- 2
Kreisfreie Städte insgesamt	191 103	292	+ 1	6 515	9,9	- 5
Eckernförde	16 347	246	- 15	726	10,9	+ 5
Eiderstedt	4 510	231	- 20	144	7,4	- 29
Eutin	23 448	264	- 9	909	10,2	- 2
Flensburg-Land	12 645	204	- 29	490	7,9	- 24
Hzgt. Lauenburg	34 605	267	- 8	1 372	10,6	+ 2
Husum	14 772	240	- 17	471	7,7	- 26
Norderdithmarschen	11 160	190	- 34	360	6,1	- 41
Oldenburg (Holstein)	30 156	391	+ 35	1 124	14,6	+ 40
Pinneberg	86 477	434	+ 50	3 100	15,6	+ 50
Plön	35 406	332	+ 15	1 379	12,9	+ 24
Rendsburg	49 521	318	+ 10	1 887	12,1	+ 16
Schleswig	21 265	216	- 25	791	8,0	- 23
Segeberg	24 372	267	- 8	776	8,5	- 18
Steinburg	23 822	194	- 33	817	6,7	- 36
Stormarn	33 658	253	- 12	1 462	11,0	+ 6
Süderdithmarschen	15 463	209	- 28	466	6,3	- 39
Südtondern	23 324	403	+ 39	611	10,6	+ 2
Landkreise insgesamt	460 951	288	0	16 885	10,5	+ 1
Schleswig-Holstein	652 054	289	X	23 400	10,4	X

dem Landesdurchschnitt. Die anderen kreisfreien Städte erreichen diesen nicht. Unter den Landkreisen ragen mit besonders hoher Bauintensität der hamburgnahe Kreis Pinneberg und die Landkreise Oldenburg und Flön hervor. Die Landkreise mit überwiegend agrarwirtschaftlicher Siedlungsstruktur, insbesondere

Norder- und Süderdithmarschen, liegen zum Teil erheblich unter dem Landesdurchschnitt.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Die Baugenehmigungen im Jahre 1956" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 9. Jahrgang, Heft 6, Juni 1957, Seite 185 ff.

Von Anfang 1954 bis Ende 1956 wurden in Schleswig-Holstein 134 000 Grundpfandrechte in Höhe von insgesamt 1 683 Mio DM neu eingetragen. Der Eintragungsbetrag hatte von 1954 auf 1955 um 20 % zu- und von 1955 auf 1956 um 4 % abgenommen. Der Betrag für 1957 entsprach – nach Schätzung – etwa dem von 1956. – An den gesamten Neubelastungen der Jahre 1954 bis 1956 waren die nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke – der Zahl und auch dem Werte nach – zu etwa vier Fünftel beteiligt. Dieser hohe Anteil ist hauptsächlich auf den umfangreichen Wohnungsbau zurückzuführen. – Der durchschnittliche Eintragungsbetrag für alle Grundstücke betrug 1956 13 400 DM. – Zwischen 1954 und 1956 wurden über 45 000 Löschungen von Grundpfandrechten im Werte von 281 Mio DM vorgenommen. – Bei den 6 schleswig-holsteinischen Amtsgerichten mit Schiffsregister wurden in den betrachteten 4 Jahren 2 439 Schiffspfandrechte neu eingetragen (Wert: 538 Mio DM), davon waren 962 Schiffshöchstbetrags-hypotheken (Wert: 190 Mio DM). Die Neubelastungen betrafen fast ausschliesslich Seeschiffe. – Der durchschnittliche Eintragungsbetrag für alle Schiffsorten (ohne Höchstbetrags-hypotheken) war 1957 mit 352 000 DM etwas mehr als doppelt so hoch wie 1954. – Etwa sieben Zehntel der Eintragungssumme aller Schiffshypotheken entfielen 1957 auf Schiffsbauwerke. – Ein grosser Teil der Seeschiffe (etwa 50 – 70 %) wurde durch Kreditanstalten, Versicherungen u. ä. Anstalten finanziert. – Die Zinsentwicklung am Schiffshypothekenmarkt zeigt eine ständige Abnahme unverzinslicher und niedrig verzinslicher Schiffshypothekendarlehen. 1957 wurden 85 % der Neubelastungen auf Seeschiffe (ohne Höchstbetrags-hypotheken) mit Zinssätzen von über 7 bis einschliesslich 10 % eingetragen.

Die Grundstücks- und Schiffshypotheken von 1954 bis 1957

Grundstückshypotheken

Die Statistik der Hypothekenbewegung stützt sich auf die Eintragungen bei den Grundbuchämtern der Amtsgerichte. Sie gibt die Veränderungen wieder, die sich hinsichtlich der Belastungen (Eintragungen) und Entlastungen (Löschungen) landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke mit Grundpfandrechten vollzogen haben.

Die Ergebnisse für die Jahre 1954 bis 1956 sind mit denen des Jahres 1957 nur sehr bedingt vergleichbar, da ab 1. 1. 1957 Sicherungshypotheken, Eigentümergrundschulden und solche

Grundsulden, die lediglich als Sicherheit für kurz- und mittelfristige Kredite dienen, nicht mehr erfaßt werden.¹ Diese sogenannten "unechten Realkredite" sind relativ häufig, aber aus den Meldungen der Amtsgerichte nicht ohne erheblichen Arbeitsaufwand auszugliedern. Es muß also von einem durchgehenden Vergleich der Jahre 1954 bis 1957 abgesehen werden.

Eintragungen in den Jahren 1954 bis 1956

Wegen des streng akzessorischen Charakters der Hypothek ist das Bestehen einer Geldforderung an den Grundstückseigentümer unerläß-

Tab. 1 Eintragungen und Löschungen von Grundpfandrechten von 1954 bis 1956

Jahr	Sämtliche Grundstücke			davon					
	Zahl d. Fälle in 1 000	Betrag		Zahl d. Fälle in 1 000	landwirtschaftliche Grundstücke		Zahl d. Fälle in 1 000	übrige Grundstücke	
		Mio DM	1954 = 100		Mio DM	1954 = 100		Mio DM	1954 = 100
Eintragungen ¹									
1954	40	501	100	8	76	100	32	425	100
1955	51	602	120	14	134	176	37	468	110
1956	43	579	116	7	94	124	36	485	114
zusammen	134	1 683	x	29	305	x	105	1 378	x
Löschungen ²									
1954	13	82	100	3	16	100	11	66	100
1955	16	95	116	3	18	113	13	77	117
1956	15	104	127	3	25	156	12	79	120
zusammen	45	281	x	9	60	x	36	221	x

1) ohne umgestellte Grundpfandrechte 2) einschl. der im Verhältnis 1 : 1 und 10 : 1 umgestellten Grundpfandrechte

1) Eintragungen wegen Erbauseinandersetzungen werden jedoch weiterhin in die Hypothekenbewegungsstatistik einbezogen

liche Bedingung für die rechtswirksame Eintragung im Grundbuch. Diese Angaben ermöglichen daher Einblicke in die Veränderung der langfristigen Neuverschuldung des Grundbesitzes.

Von 1954 bis 1956 wurden in Schleswig-Holstein rd. 133 800 Neueintragungen von Grundpfandrechten mit einem Betrag von 1 683 Mio DM nachgewiesen. Das jährliche Eintragungsvolumen (für sämtliche Grundstücke) dehnte sich von 1954 auf 1955 um rd. 100 Mio DM (+ 20%) aus, blieb jedoch 1956 um gut 20 Mio DM (- 4%) unter dem im Vorjahr erreichten Umfang zurück. Im einzelnen betrachtet ist die Zuwachsrate bei landwirtschaftlichen Grundstücken größer als bei den übrigen Grundstücken; insbesondere hat die Neuverschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes von 1954 auf 1955 überdurchschnittlich zugenommen (+ 76%).² Die Zuwachsrate bei den übrigen Grundstücken betrug für die gleiche Zeit nur 10%.

An den gesamten Neubelastungen waren die nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke zu etwa vier Fünftel beteiligt (78 bis 85%). Dieser hohe Anteil ist hauptsächlich auf den umfangreichen Wohnungsbau zurückzuführen.

Der durchschnittliche Eintragungsbetrag für alle Grundstücksarten ist von 12 600 DM im

Jahre 1954 auf 11 900 DM im Jahre 1955 leicht zurückgegangen, 1956 liegt er bei 13 400 DM. Die Unterschiede sind jedoch größer, wenn die Eintragungen nach einzelnen Grundstücksarten aufgliedert werden:

Jahr	landwirtschaftliche Grundstücke	übrige Grundstücke
1954	9 700 DM	13 300 DM
1955	9 800 DM	12 600 DM
1956	12 900 DM	13 500 DM

Eintragungen im Jahre 1957

Wegen der eingangs erwähnten methodischen Änderung wurden im Jahre 1957 nur 31 700 Eintragungsfälle mit einer Summe von insgesamt 471 Mio DM festgestellt.³

Die landwirtschaftlichen Grundstücke waren am Eintragungsvolumen mit 14% beteiligt. Die Aufgliederung nach Hypotheken und Grundschulden ergab, daß die Hypothek als Sicherung für langfristige Realkredite bevorzugt wird; 344 Mio DM (73%) sämtlicher Eintragungen entfielen auf diese Art der Grundstücksbelastung. Als Sicherung für Agrarkredite stellt die Hypothek bisher noch die häufigste Form dar (64%), jedoch bekommen hier die Grundschulden eine steigende Bedeutung; im 1. Halbjahr 1958 entfallen bereits 46% der Neueintragungen auf Grundschulden.

Tab. 2 Eintragungen und Löschungen von Grundpfandrechten im Jahre 1957 nach Art und Form des Realkredits - Beträge in Mio DM -

Art und Form des Realkredits	Sämtliche Grundstücke		davon			
			land- und forstwirtschaftliche Grundstücke		übrige Grundstücke	
	Zahl der Fälle	Betrag	Zahl der Fälle	Betrag	Zahl der Fälle	Betrag
Eintragungen¹						
Hypotheken	21 225	343,9	3 193	42,1	18 032	301,8
darunter						
Private Darlehnsgeber	2 444	20,2	322	2,9	2 122	17,4
Gläubiger im Ausland	68	0,4	27	0,2	41	0,2
Erbaueinandersetzungen	761	3,0	363	1,9	398	1,1
Grundschulden	10 517	127,0	1 102	24,0	9 415	103,0
darunter						
Private Darlehnsgeber	736	7,2	120	1,5	616	5,8
Gläubiger im Ausland	11	0,1	1	0,0	10	0,1
Erbaueinandersetzungen	16	0,1	4	0,0	12	0,1
Löschungen²						
Hypotheken	8 270	46,1	1 937	8,4	6 333	37,7
darunter						
Private Darlehnsgeber	2 613	9,4	508	2,6	2 105	6,7
Gläubiger im Ausland	49	0,3	15	0,1	34	0,2
Erbaueinandersetzungen	576	1,5	290	1,0	286	0,5
Grundschulden	2 586	36,8	563	9,5	2 023	27,3
darunter						
Private Darlehnsgeber	475	3,9	107	1,0	368	2,9
Gläubiger im Ausland	2	0,0	-	-	2	0,0
Erbaueinandersetzungen	7	0,0	1	0,0	6	0,0

1) ohne im Verhältnis 1 : 1 und 10 : 1 umgestellte Grundpfandrechte

2) einschl. der im Verhältnis 1 : 1 und 10 : 1 umgestellten Grundpfandrechte

2) Das ist zum Teil auf Sonderaktionen im Bereich der Landwirtschaft zurückzuführen, u. a. die Ernteschadenaktion 1954/55

3) In einer Sonderauszahlung wurde für das 1. Vierteljahr 1957 ein Betrag von 29 Mio DM als "unechte Realkredite" ermittelt. Angenom-

men, für die übrigen Vierteljahre gelten ähnliche Beträge, dann würde sich die vergleichbare Summe für das ganze Jahr 1957 auf rund 580 bis 600 Mio DM stellen und damit das Eintragungsvolumen von 1956 erreichen

Der durchschnittliche Eintragungsbetrag (Hypotheken und Grundschulden) auf landwirtschaftlichen Grundstücken war mit 15 400 DM etwas größer als auf den übrigen Grundstücken (14 700 DM). Die Hypotheken in der Landwirtschaft betragen durchschnittlich 13 200 DM, die Durchschnittshypothek auf sonstigen Grundstücken rd. 16 700 DM. Die neu eingetragenen landwirtschaftlichen Grundschulden waren im Durchschnitt mit 21 800 DM doppelt so hoch wie die nichtlandwirtschaftlichen (10 900 DM).

Gläubiger

Als Darlehnsgeber sind die privaten Gläubiger immer noch recht knapp mit nur 6% am Zugang der Immobiliarkredite beteiligt. Über 90% der durch Hypotheken und Grundschulden gedeckten Ausleihungen wurden von Anstalten gewährt. Die Auslandsverschuldung spielt keine beachtenswerte Rolle.

Die Grundstücksbelastungen im Zuge von Eigentumsverteilungen (Erbauseinandersetzungshypotheken, auch Familienhypotheken genannt) haben eine etwas andere Bedeutung als die übrigen Belastungen.

Löschungen in den Jahren 1954 bis 1956

Anders als bei den Eintragungen sind die Angaben hinsichtlich der Löschungen zu bewerten. Die Tilgung einer Hypothekenforderung führt nicht zwangsläufig zu gleichzeitiger Löschung der Belastung im Grundbuch. Die Löschung muß besonders beantragt werden; dazu ist die Zustimmung des Gläubigers erforderlich. Die Angaben über Löschungen sind mehr von formalrechtlichem Charakter und haben weniger Aussagekraft über den wirtschaftlich relevanten Umfang der Schuldentilgung. Die hier wieder gegebene Löschungssumme gibt also nur Auskunft über das Mindestmaß der getilgten Hypothekenschulden.

In den Jahren 1954 bis 1956 wurden über 45 000 Löschungsfälle mit einer Löschungssumme von 281 Mio DM registriert; das sind 17% der im gleichen Zeitraum neu eingetragenen Beträge (1 683 Mio DM). Die Löschungssumme für alle Grundstücksarten hat sich von 1954 auf 1956 mit 16% nicht ganz so kräftig erhöht wie die entsprechende Eintragungssumme (20%). Allerdings setzte sich diese Entwicklung, im Unterschied zu den Eintragungen, bei den Löschungen - wenn auch etwas schwächer als im Vorjahr - fort. Für die landwirtschaftlichen Grundstücke allein war jedoch der Zuwachs an Löschungen von 1955 auf 1956 mit etwa 38% überdurchschnittlich groß.

Die durchschnittlichen Löschungsbeträge erreichten nur etwa den halben Wert der entsprechenden Eintragungsbeträge. Die Unter-

schiede hinsichtlich der Grundstücksarten sind erheblich geringer als bei den Eintragungen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Grundstücke an der gesamten Löschungssumme liegt zwischen 19 und 24% und ist damit etwas größer als bei den Eintragungen.

Die Lösungsquote, d. h. der Anteil der Löschungsbeträge an den Eintragungsbeträgen, bewegte sich in den Jahren 1954 bis 1956 zwischen 16 und 18%. Bei landwirtschaftlichen Grundstücken allein ist die Schwankung etwas größer, nämlich 14 bis 27%.

Löschungen im Jahre 1957

Löschungen von Grundpfandrechten wurden 1957 in rd. 10 900 Fällen nachgewiesen. Die Löschungssumme erreichte einen Betrag von 83 Mio DM. Auf landwirtschaftliche Grundstücke entfielen davon 2 500 Löschungsfälle mit 18 Mio DM, das sind knapp 22% des gesamten Lösungsvolumens. Der Anteil der Landwirtschaft ist hier höher als der entsprechende Wert bei den Eintragungen (14%). Die Lösungsquote für landwirtschaftliche Grundstücke betrug 27% für Hypotheken und Grundschulden zusammen, für Grundschulden allein jedoch fast 40%. Die Lösungsquote für Agrarhypotheken liegt bei 20%.

Für die von privaten Darlehnsgebern gewährten Realkredite ist die Lösungsquote überdurchschnittlich hoch. Sie beträgt fast 50% für sämtliche Grundstücke und alle Belastungsarten, für landwirtschaftliche Hypotheken allein sogar über 90%.

Schiffshypotheken

Vom 1. 1. 1954 bis 31. 12. 1957 wurden bei den sechs schleswig-holsteinischen Amtsgerichten mit Schiffsregister⁴ in 2 439 Fällen Schiffspfandrechte neu eingetragen. Der Gesamtbetrag der Neueintragungen in den vier Jahren erreichte eine Höhe von 538 Mio DM. Davon entfielen 962 (39%) Eintragungen mit 190 Mio DM (35%) auf Schiffshöchstbetragshypotheken⁵. Der Anteil der Schiffshöchstbetragshypotheken an den Löschungen war mit 400 Fällen (36%) und 53 Mio DM (37%) relativ etwa gleich groß wie an den Eintragungen.

Die Neubelastungen betreffen fast ausschließlich

4) Amtsgerichte Kiel, Lübeck, Flensburg, Itzehoe, Schleswig, Rendsburg

5) Nach § 75 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15.11.1940 kann eine Schiffshypothek in der Weise bestellt werden, dass nur der Höchstbetrag, bis zu dem das Schiff haften soll, in das Schiffsregister eingetragen wird, die Feststellung der Forderung aber vorbehalten bleibt.

Schiffshöchstbetragshypotheken werden häufig für Zwischenfinanzierungen in Anspruch genommen.

Es handelt sich also um eine von der Schiffshypothek unterschiedliche Form der Darlehensaufnahme; daher werden die beiden Hypothekenarten im folgenden getrennt dargestellt.

Tab. 3 Eintragungen und Löschungen von Schiffshypotheken in der Zeit vom 1.1.1954 bis 31.12.1957
- Beträge in Mio DM -

Art der Hypotheken	Seeschiffe und Binnenschiffe insgesamt				davon					
					Seeschiffe				Binnenschiffe	
	Zahl der Fälle	%	Betrag	%	Zahl der Fälle	%	Betrag	%	Zahl der Fälle	Betrag
Eintragungen										
Schiffshypotheken	1 477	61	347,8	65	1 434	61	344,6	64	43	3,2
Schiffshöchstbetragshypotheken	962	39	190,2	35	927	39	189,7	36	35	0,5
zusammen	2 439	100	538,1	100	2 361	100	534,4	100	78	3,7
Löschungen										
Schiffshypotheken	713	64	91,2	63	703	64	90,5	63	10	0,7
Schiffshöchstbetragshypotheken	400	36	53,4	37	387	36	53,1	37	13	0,3
zusammen	1 113	100	144,6	100	1 090	100	143,5	100	23	1,1

Seeschiffe. Der geringen Bedeutung der Binnenschiffahrt in Schleswig-Holstein entsprechend, entfallen auf diesen Bereich nur rd. 3% der Fälle mit knapp 1% des Betrages an neu eingetragenen Schiffshypotheken. Bei den Löschungen ist der Anteil der Binnenschiffahrt noch etwas geringer.

Eintragungen

Der durchschnittliche Eintragungsbetrag für alle Schiffsarten - ohne Berücksichtigung der Höchstbetragshypotheken - ist von 1954 bis 1957 ständig gestiegen; er liegt mit rd. 352 000 DM im Jahre 1957 etwas mehr als doppelt so hoch wie 1954. Der wachsende Kreditbedarf für Schiffsbauten, der in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß im Schiffsverkehr zuneh-

mend größere und teurere Fahrzeuge verwendet werden.

Der Umfang der Neueintragungen von Schiffshypotheken einschließlich Höchstbetragshypotheken zeigt in den einzelnen Jahren beachtliche Unterschiede. Das Eintragungsvolumen nahm von 1954 bis 1955 um mehr als 100% zu. Diese beachtliche Ausdehnung ist aber zum Teil dadurch bedingt, daß infolge des Auslaufens der Steuerbegünstigung von Schiffsbauarlehen (gem. § 7d EStG) mit dem 31. 12. 1954 zu diesem Termin größere Darlehensbeträge zur Verfügung gestellt wurden, die aber erst im nächsten Jahr als Schiffshypotheken bei den Registergerichten eingetragen worden sind. 1956 fiel das Eintragungsvolumen beinahe auf den schon im Jahre 1954 erreichten Umfang zurück, stieg dann im Jahre 1957 jedoch erneut kräftig an.

Tab. 4 Eintragungen und Löschungen von Schiffshypotheken nach Schiffsarten in den Jahren 1954 bis 1957
- Beträge in Mio DM -

Jahr	Seeschiffe und Binnenschiffe insgesamt				davon							
	Schiffshypotheken		Schiffshöchstbetragshypotheken		Seeschiffe				Binnenschiffe			
	Zahl der Fälle	Betrag	Zahl der Fälle	Betrag	Zahl der Fälle	Betrag	Zahl der Fälle	Betrag	Zahl der Fälle	Betrag	Zahl der Fälle	Betrag
Eintragungen												
1954	362	62	168	29	351	62	162	29	11	0,5	6	0,0
1955	476	102	310	101	469	101	304	101	7	0,4	6	0,1
1956	305	67	231	33	287	65	215	33	18	1,8	16	0,3
1957	334	117	253	27	327	117	246	27	7	0,6	7	0,1
zusammen	1 477	348	962	190	1 434	345	927	190	43	3,2	35	0,5
Löschungen												
1954	103	14	56	4	102	14	51	4	1	0,0	5	0,0
1955	216	24	95	14	213	24	93	14	3	0,0	2	0,1
1956	171	22	116	20	169	22	112	20	2	0,0	4	0,2
1957	223	31	133	15	219	30	131	15	4	0,7	2	0,0
zusammen	713	91	400	53	703	90	387	53	10	0,7	13	0,3

Auf Schiffsbauwerke⁶ wurden in den Jahren 1954 bis 1957 in 788 Fällen mit insgesamt 389 Mio DM Schiffshypotheken - einschließlich Höchstbetragshypotheken - eingetragen; das sind rd. 72% der Eintragungssumme aller Schiffshypotheken.

6) Ein im Bau befindliches Schiff; es kann nach § 76 des o. a. Gesetzes mit einer Schiffshypothek belastet werden, "... sobald der Kiel gelegt und das Schiffsbauwerk durch Namen oder Nummer an einer bis zum Stapellauf des Schiffs sichtbar bleibenden Stelle deutlich und dauernd gekennzeichnet ist."

Tab. 5 Anteil der Hypotheken auf Schiffsbauwerke in den Jahren 1954 bis 1957
- Beträge in Mio DM -

Jahr	Schiffshypotheken und Höchstbetragshypotheken	darunter	
		auf Schiffsbauwerke	in %
1954	92	61	67
1955	203	169	83
1956	99	58	58
1957	144	101	70
zusammen	538	389	72

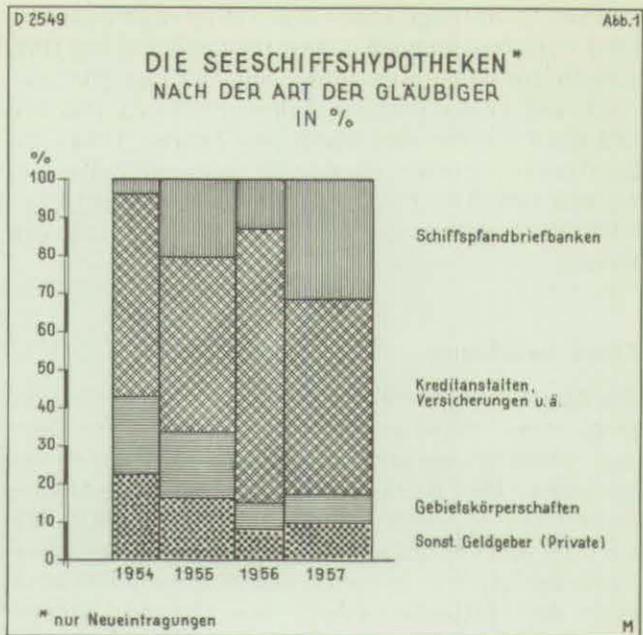
Die durchschnittlichen Eintragungsbeträge für Schiffshypotheken auf Schiffsbauwerke - ohne Höchstbetragshypotheken - haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	durchschnittlicher Eintragungsbetrag
1954	656 000 DM
1955	596 000 DM
1956	499 000 DM
1957	860 000 DM

Die Belastung eines im Bau befindlichen Binnenschiffes kam in den vier Jahren nur einmal vor.

Gläubiger Seeschiffe

Die Gliederung der Eintragungen nach Gläubigerarten gibt einen Hinweis auf die Quellen der Schiffshypotheken. Bei den Schiffshypotheken (ohne Höchstbetragshypotheken) nehmen in allen Jahren die "sonstigen Anstalten"⁷ den ersten Platz ein. Recht beachtlich ist die Entwicklung bei den Schiffspfandbriefbanken verlaufen. Diese Institute⁸, deren Hauptzweck das Schiffshypothekengeschäft ist, konnten ihren Darlehnsbetrag von 1954 auf 1957 um mehr als das Vierzehnfache auf 37 Mio DM erhöhen. Etwa umgekehrt entwickelte sich der Anteil der öffentlichen Hand. Die Finanzierung durch sonstige



Geldgeber (Private) ist zurückgegangen.⁹ Eine wieder ansteigende Tendenz läßt sich aus dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1958 erkennen (22%). Gläubiger im Ausland waren nur unbeachtlich oder überhaupt nicht an der Eintragung von Schiffshypotheken beteiligt.

Tab. 6 Eintragungen von Schiffspfandrechten auf Seeschiffe von 1954 bis 1957 nach Gläubigern - in % -

	1954		1955		1956		1957	
	Schiffshypotheken	Schiffshöchstbetragshypotheken	Schiffshypotheken	Schiffshöchstbetragshypotheken	Schiffshypotheken	Schiffshöchstbetragshypotheken	Schiffshypotheken	Schiffshöchstbetragshypotheken
Schiffspfandbriefbanken	4	1	20	2	13	2	32	15
Sonstige Anstalten (Kreditanstalten, Versicherungen u. ä.)	53	68	46	78	72	69	51	70
Gebietskörperschaften	20	27	17	17	7	2	7	1
Sonstige Geldgeber (Private)	20	4	14	3	8	26	10	14
Gläubiger im Ausland	3	-	2	0	-	-	-	-
zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100

Auch bei den Schiffshöchstbetragshypotheken sind in allen Jahren die "sonstigen Anstalten" mit zwei Dritteln bis drei Vierteln aller eingetragenen Kredite am stärksten vertreten. Die Entwicklung ist derjenigen der Schiffshypotheken ähnlich.

Binnenschiffe

An der Finanzierung von Binnenschiffen waren Schiffspfandbriefbanken erheblich stärker beteiligt als bei Seeschiffen. Zusammen mit den von "sonstigen Anstalten" gewährten Krediten machten die Anstaltshypotheken etwa neun Zehntel des Betrages der Neuhypotheken auf

Binnenschiffe aus. Die öffentliche Hand spielte als direkter Gläubiger keine nennenswerte Rolle. Private Geldgeber sind nur in den Jahren 1956 und 1957 als Gläubiger von Schiffshöchstbetragshypotheken stärker hervorgetreten. Eine Neuverschuldung an Gläubiger im Ausland ist in keinem der betrachteten Jahre eingetreten.

Löschungen

Über die wirtschaftliche Aussagefähigkeit der Löschungssumme von Schiffspfandrechten sind die gleichen Einschränkungen wie für Grundstückshypotheken zu machen; auch ihnen haftet eine gewisse Zufälligkeit an. Das Löschungsvolumen für Schiffshypotheken hat sich von 1954 bis 1957 etwa verdoppelt. Die durchschnittlichen

7) In dieser Gruppe sind enthalten: Kreditanstalten, Versicherungen u. ä.

8) Nur ein Spezialinstitut hat in Schleswig-Holstein seinen Geschäftssitz: die Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG.

An der Schiffshypothekenfinanzierung in Schleswig-Holstein beteiligen sich ausserdem Schiffshypothekenbanken mit Sitz in anderen Bundesländern und andere Banken, z.B. Landesbank und Girozentrale, Kiel

9) Hier muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Höhe der Quote für 1954 durch steuerliche Begünstigung von Schiffsbaukrediten (§ 7d EStG) beeinflusst worden ist.

Löschungsbeträge (ohne Höchstbetragshypothe-ken) beliefen sich im Jahre 1954 auf 139 000 DM, gingen im folgenden Jahre auf 111 000 DM zurück und erreichten im Jahre 1957 mit 138 000 DM etwa wieder den Stand des Jahres 1954. Im Schiffsbauregister wurden in diesem Zeitraum 70 Mio DM (162 Fälle) gelöscht, davon Schiffshöchstbetragshypothe-ken mit 33 Mio DM (80 Fälle).

Zinsentwicklung

Die Zinsentwicklung am Schiffshypothe-kenmarkt zeigt eine ständige Abnahme unverzinslicher und niedrig verzinslicher Schiffshypothe-ken-darlehen. Der Rückgang unverzinslicher Hypo-then ist in erster Linie auf den Wegfall der bereits erwähnten steuerlichen Begünstigungen zurückzuführen. In derselben Richtung hat sich auch der fallende Anteil der Gebietskörper-schaften ausgewirkt, deren Kreditgewährung im allgemeinen zu relativ niedrigem Zinssatz er-folgte. Im Jahre 1954 wurden etwa 40% der Neubelastungen mit Zinssätzen von über 7% bis einschließlich 10% eingetragen; 1956 waren es bereits 65% und 1957 sogar 85% der neu in An-spruch genommenen Darlehen, die zu diesen hohen Zinssätzen aufgenommen werden mußten. Die Tendenz zur größeren Häufigkeit höherer Zinssätze ist - mit geringer Abschwächung in



1955 - in allen Jahren festzustellen und scheint sich auch noch 1958 fortzusetzen, denn im ersten Halbjahr 1958 mußten rd. 98% der von Anstalten und Schiffspfandbriefbanken gewährten Hypothesen mit 7 bis 9% verzinst werden. Die Tendenz sinkender Zinsen des allgemeinen Kapitalmarktes hat sich demnach auf dem Teilmarkt der Seeschiffshypothesen im ersten Halb-jahr 1958 noch nicht ausgewirkt.

Tab. 7 Schiffshypothesen (ohne Höchstbetragshypothesen) nach Zinssatzgruppen - 1954 bis 1957 -
- in % -

Zinssatzgruppen	1954		1955		1956		1957	
	Seeschiffe	Binnenschiffe	Seeschiffe	Binnenschiffe	Seeschiffe	Binnenschiffe	Seeschiffe	Binnenschiffe
unverzinslich	25	5	15	-	6	-	1	-
über 0 bis einschl. 5 %	18	22	9	-	6	29	4	16
über 5 % " " 7 %	15	2	42	5	21	2	9	5
über 7 % " " 8 %	16	8	27	95	32	68	40	75
über 8 % " " 9 %	17	41	4	-	17	1	29	4
über 9 % " " 10 %	11	23	4	-	15	-	16	-
über 10 %	0	-	0	-	1	-	2	-
zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100

Das Zinsniveau für Hypothesen der Binnen-schiffahrt liegt im Durchschnitt etwas höher als bei Seeschiffen. Mit Ausnahme des Jahres 1954 bewegt sich der häufigste Zinssatz von über 7% bis einschließlich 8%. Unverzinsliche Hypothesen wurden nur im Jahre 1954 festge-stellt, Zinsen über 9% hatten ebenfalls in die-sem Jahr mit 23% der Hypothesensumme einiges Gewicht. Zinssätze über 10% wurden in allen vier Jahren nicht eingetragen. Abweichend von der Zinsentwicklung bei Seeschiffshypothesen im

ersten Halbjahr 1958 ist eine Zinssenkungs-tendenz hier schon erkennbar; 80% der neu eingetragenen Binnenschiffshypothesen weisen Zinssätze bis einschließlich 5% auf.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Die Hypothesen- und Schiffshypothesenbewegung im Jahre 1953" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 6. Jahrgang, Heft 7, Juli 1954, Seite 268 ff. und "Die Hypothesenbewegung im Jahr 1956" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 9. Jahrgang N. F., Heft 11, November 1957, Seite 622 ff.

Im Mai 1958 hatten die Arbeiter in Industrie und Baugewerbe einen durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienst von 2,27 DM. Er war gegenüber Mai 1957 um 9,4 % gestiegen. Die männlichen Arbeiter verdienten im Mai 1958 in der Stunde im Durchschnitt 2,43 DM, 8 % mehr als 1957, die weiblichen 1,53 DM (+ 11%). Die höchsten durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste erhielten die männlichen Arbeiter im Mai 1958 in der Investitionsgüterindustrie (2,49 DM) und im Baugewerbe (2,44 DM). – Während die relative Zunahme des Stundenverdienstes für die Männer aller Leistungsgruppen (LGr.) von Mai 1957 bis Mai 1958 ziemlich einheitlich war (+8 %), betrug die Zunahme bei den Frauen in LGr. 1 (Facharbeiter) 16%, in LGr. 2 (angelernte Arbeiter) gut 8 % und in LGr. 3 (ungelernte Arbeiter) knapp 13%. – Von den Männern gehörten in dem betrachteten Zeitraum 57 % zur LGr. 1, 25 % zur LGr. 2 und 18 % zur LGr. 3. – Die männlichen Arbeiter verdienten im Mai 1958 in den Gewerbezweigen Textil und Energie durchschnittlich über 15 % mehr in der Stunde als im Mai 1957. Bei den Frauen kam es zu einer Stundenlohnerhöhung von über 15 % in den Gruppen: Energie, Ledererzeugung, Brotindustrie, Druckereigewerbe und Maschinenbau. – Die Männer bekamen 1957 durchschnittlich 48,0 und die Frauen 44,9 Stunden in der Woche bezahlt. Bei beiden Geschlechtern war die geleistete Wochenarbeitszeit um rund 2 Stunden geringer als die bezahlte. – Die Arbeiter (männlich und weiblich) der Investitionsgüterindustrie sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie machten am meisten Überstunden (1957: Mehrarbeit 3,9 bzw. 3,6 Stunden in der Woche), die der Verbrauchsgüterindustrie und des Baugewerbes am wenigsten (1,4 und 1,3 Stunden). Bei den männlichen Arbeitern in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie betrug die Mehrarbeit 5,6 Stunden in der Woche. In diesem Wirtschaftsbereich belief sich die bezahlte Wochenarbeitszeit durchschnittlich auf 52,0 Stunden.

Arbeiterverdienste in Industrie und Baugewerbe 1957 und 1958¹

Von Mai 1957 bis Mai 1958 erhöhte sich in Schleswig-Holstein der durchschnittliche Brutto-Stundenverdienst aller Arbeiter in Industrie und Baugewerbe um 9,4% auf 2,27 DM; im Mai 1957 hatte er 2,08 DM betragen. Diese Steigerung des Effektivverdienstes war damit genauso stark wie die des Vorjahres, der höchsten in den letzten fünf Jahren:

von Mai 1953 bis Mai 1954:	2,5 %	Anstieg
" " 1954 " " 1955:	8,0 %	"
" " 1955 " " 1956:	8,1 %	"
" " 1956 " " 1957:	9,4 %	"
" " 1957 " " 1958:	9,4 %	"

Die Verdiensterhöhung der männlichen Arbeiter war etwas geringfügiger als die der weiblichen. Der Brutto-Stundenverdienst im Durchschnitt aller Männer stieg um 18 Pfennig auf 2,43 DM, das sind 8%, und der im Durchschnitt aller Frauen um 15 Pfennig auf 1,53 DM, das entspricht einer Zunahme von 11%. Im Mai 1957 lag der durchschnittliche Stundenverdienst der Frauen bei 61,2% und ein Jahr später bei 62,9% des Verdienstes der Männer. Die weiblichen Arbeiter konnten also den Verdienstvorsprung der männlichen ein wenig einholen.

Tab. 1 Brutto-Stunden- und -Wochenverdienste nach Wirtschafts-Hauptbereichen und Geschlecht im Mai 1957 und 1958

Wirtschafts-Hauptbereiche	Brutto-Stundenverdienst in DM						Brutto-Wochenverdienst in DM					
	Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter			Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter		
	Mai		Anstieg in %	Mai		Anstieg in %	Mai		Anstieg in %	Mai		Anstieg in %
	1957	1958		1957	1958		1957	1958		1957	1958	
Baugewerbe	2,33	2,44	4,9	-	-	-	110	115	4,7	-	-	-
Produktionsgüterindustrie	2,20	2,40	9,1	1,46	1,56	6,3	105	114	8,9	65	69	7,1
Investitionsgüterindustrie	2,30	2,49	8,1	1,46	1,62	11,1	114	121	6,4	65	72	11,8
Verbrauchsgüterindustrie	2,19	2,38	8,8	1,35	1,50	11,1	105	111	6,4	61	66	7,3
Nahrungs- und Genussmittelind.	1,99	2,18	9,8	1,33	1,48	10,7	105	113	7,3	61	66	9,1
Industrie insgesamt	2,25	2,43	7,9	1,38	1,53	11,0	109	116	6,5	62	68	9,0

Die Zuwachsraten der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste von Mai 1957 bis Mai 1958 waren in den einzelnen Wirtschafts-Hauptbereichen verschieden groß. Bei den Männern stiegen die Stundenverdienste im Baugewerbe um knapp 5%, in den anderen Bereichen zwischen 8% und 10% an. Abgesehen vom Baugewerbe, in dem in Schleswig-Holstein bis jetzt keine weiblichen Arbeiter beschäftigt wurden, war der relative Anstieg der Frauenlöhne in allen Wirtschafts-Hauptbereichen etwas gleichmäßiger; in der Produktionsgüterindustrie gut 6%, in den übrigen drei Bereichen 11%. Die prozentualen Steigerungen der Wochenverdienste

schwanken bei den männlichen Arbeitern zwischen 5 und 9%, bei den weiblichen zwischen 7 und 12%.

Die männlichen Arbeiter erhielten im Mai 1958 die höchsten durchschnittlichen Verdienste (Stunden- und Wochenverdienste) in der Investitionsgüterindustrie und im Baugewerbe. Am niedrigsten lagen die Durchschnittslöhne sowohl der Männer als auch der Frauen in der Verbrauchsgüter- und Nahrungs- u. Genussmittelindustrie. Die weiblichen Arbeiter verdienten am meisten in der Investitions- und Produktionsgüterindustrie.

Ein Vergleich der Steigerungen der Stundenverdienste in den einzelnen Leistungsgruppen (LGr.) von Mai 1957 bis Mai 1958 ergibt bei den

1) vergleiche dazu: "Die Verdienste der Industriearbeiter 1955 – 1957" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 9. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1957, Seite 305 ff.

männlichen Arbeitern ein ziemlich einheitliches Bild; Die Zuwachsrate beträgt in allen drei Gruppen 8%. Bei den Frauen dagegen sind Abweichungen vom Durchschnitt (11%) zu beobachten; In LGr. 1 (Facharbeiter) beläuft sich die relative Lohnerhöhung auf 16%, in LGr. 2 (angelernte Arbeiter) auf gut 8% und in LGr. 3 (ungelernte Arbeiter) auf knapp 13%.

Die Differenzen zwischen den Stundenverdiensten der drei Leistungsgruppen sind bei den männlichen Arbeitern immer größer gewesen als bei den weiblichen. Von Mai 1957 bis Mai 1958 hat sich dieses, durch die verschiedenen Qualifikationen gegebene Lohngefüge bei den Männern nicht verschoben:

	Mai 1957		Mai 1958	
	DM	in % der LGr. 3	DM	in % der LGr. 3
LGr. 1	2,39	122	2,57	122
LGr. 2	2,15	110	2,32	110
LGr. 3	1,95	100	2,12	100

Bei den weiblichen Arbeitern liegen die Stundenverdienste der beiden unteren LGr. so eng beieinander, daß sogar eine Umkehrung der Reihenfolge eintreten konnte:

	Mai 1957		Mai 1958	
	DM	in % der LGr. 3	DM	in % der LGr. 3
LGr. 1	1,44	106	1,67	109
LGr. 2	1,39	102	1,50	98
LGr. 3	1,36	100	1,53	100

Im Mai 1958 lag der Stundenlohn der ungelerten Arbeiterinnen über dem der angelernten. Dies Ergebnis dürfte vor allem darin begründet sein, daß die ungelerten Arbeiterinnen mehr Überstunden machen und daß bei ihnen der Anteil der Akkordarbeit verrichtenden Leistungslöhner größer ist als bei den angelernten. Der Abstand vom Stundenverdienst der Frauen der LGr. 3 zu dem der weiblichen Facharbeiter erweiterte sich bis Mai 1958 von 6 auf 9%.

Ein Vergleich der männlichen und weiblichen Arbeiter hinsichtlich ihrer zahlenmäßigen Verteilung auf die drei Leistungsgruppen läßt wesentliche Strukturunterschiede erkennen. Im Mai 1958 gehörten

zur LGr. 1: 57 % aller Männer und 4 % aller Frauen
zur LGr. 2: 25 % aller Männer und 32 % aller Frauen
und zur LGr. 3: 18 % aller Männer und 64 % aller Frauen

Diese geradezu gegensätzliche Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Arbeiter-schaft in bezug auf ihre Qualifikation ist einer der Gründe für die erhebliche Spanne zwischen ihren Verdiensten. Im Mai 1958 verdienten die Männer durchschnittlich 90 Dpf in der Stunde mehr als die Frauen. Hätten sich jedoch die weiblichen Arbeiter genauso auf die Leistungsgruppen verteilt wie die Männer, dann würde der Verdienstabstand nur 83 Dpf ausmachen.

In Tabelle 2 sind die Brutto-Stundenverdienste von Männern und Frauen in 18 ausgewählten

Tab. 2 Die Brutto-Stundenverdienste in ausgewählten Gewerbegruppen in DM - Mai 1957 und 1958 -

Gewerbegruppen	Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter		
	Mai 1957	Mai 1958	Zu-nahme in %	Mai 1957	Mai 1958	Zu-nahme in %
Druckereigewerbe	2,65	2,81	6,0	1,52	1,54	16,7
NE-Metallindustrie	2,38	2,60	9,2	1,50	1,67	11,3
Papierherzeugung	2,38	2,59	8,8	1,59	1,68	5,7
Papierverarbeitung	2,35	2,59	10,2	1,39	1,45	4,3
Energiewirtschaft	2,15	2,56	19,1	1,40	1,85	32,1
Eisen- und Stahlindustrie	2,38	2,51	5,5	1,58	1,68	6,3
Elektrotechnik	2,25	2,38	5,8	1,60	1,75	9,4
Maschinenbau	2,20	2,36	7,3	1,24	1,44	16,1
Brotindustrie	2,20	2,36	7,3	1,36	1,60	17,6
Textilgewerbe	1,90	2,35	23,7	1,21	1,39	14,9
Feinmechanik u. Optik	2,15	2,28	6,0	1,38	1,51	9,4
Lederherzeugung	1,93	2,20	14,0	1,27	1,51	18,9
Bekleidungs-gewerbe	2,12	2,18	2,8	1,51	1,58	4,6
Holzverarbeitung	2,02	2,17	7,4	1,20	1,31	9,2
Schuhindustrie	1,99	2,15	8,0	1,45	1,60	10,3
Fischverarbeitung	1,93	2,01	4,1	1,33	1,37	3,0
Chemische Industrie	1,90	1,99	4,7	1,42	1,50	5,6
Obst- u. Gemüseverarb.	1,85	1,89	2,2	1,16	1,23	6,0
Industrie ohne Bau-gewerbe	2,23	2,42	8,5	1,38	1,53	10,9

Gewerbegruppen zusammengestellt. Im betrachteten Zeitraum haben in allen 18 Branchen die Stundenverdienste im Durchschnitt der Männer und die im Durchschnitt der Frauen zugenommen. Das Ausmaß der Verdiensterhöhungen schwankt zwischen 2,2% bei den männlichen Arbeitern in der Obst- und Gemüseverarbeitung und 32,1% bei den Arbeiterinnen in der Energiewirtschaft recht lebhaft. Damit die Vielfalt der Angaben in Tabelle 2 ein wenig übersichtlicher wird, wurden in Tabelle 3 die Zuwachsraten der Verdienste in verschiedene Größenklassen eingeteilt und diesen Größenklassen die entsprechenden Branchen zugeordnet. Dabei zeigt sich, daß sich die Gewerbegruppen auf die einzelnen

Tab. 3 Die Verteilung ausgewählter Gewerbegruppen auf Klassen verschieden grosser Stundenlohnerhöhung

Größenklasse der Lohnerhöhung	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter
15 % und mehr	Textilgewerbe Energiewirtschaft	Druckereigewerbe Lederherzeugung Energiewirtschaft Brotindustrie Maschinenbau
10 % bis unter 15 %	Lederherzeugung Papierverarbeitung	Textilgewerbe NE-Metallindustrie Schuhindustrie
5 % bis unter 10 %	NE-Metallindustrie Papierherzeugung Schuhindustrie Maschinenbau Brotindustrie Holzverarbeitung Druckereigewerbe Feinmechanik und Optik Eisen- u. Stahlindustrie Elektrotechnik	Elektrotechnik Feinmechanik und Optik Holzverarbeitung Eisen- u. Stahlindustrie Obst- u. Gemüseverarb. Papierherzeugung Chemische Industrie
unter 5 %	Chemische Industrie Fischverarbeitung Bekleidungs-gewerbe Obst- u. Gemüseverarb.	Papierverarbeitung Bekleidungs-gewerbe Fischverarbeitung

Größenklassen bei männlichen und weiblichen Arbeitern nicht gleichmäßig verteilen.

Nur bei acht von den 18 Wirtschaftsgruppen fallen die Lohnerhöhungen von Männern und Frauen jeweils in die gleiche "Anstiegsklasse", bei fünf Branchen liegen die Steigerungen eine und bei fünf Branchen zwei Klassen auseinander. Es läßt sich also kaum eine positive Korrelation zwischen den Lohnerhöhungen von männlichen und weiblichen Arbeitern gleicher Gewerbegruppen ablesen.

Werden die Merkmale Geschlecht und Gewerbegruppe miteinander kombiniert, so ergeben sich aus Tabelle 2: 36 Arbeitergruppen. Ein Drittel davon erfuhren Lohnerhöhungen von 10% und mehr, knapp die Hälfte eine Verbesserung von 5 bis unter 10% und nur gut ein Fünftel einen Anstieg unter 5%.

Außer den Steigerungen der Stundenverdienste ab Mai 1957 interessieren noch deren Niveauunterschiede. Von den 18 ausgewählten Gewerbegruppen verdienten die männlichen Arbeiter im Mai 1957 nur im Druckereigewerbe über 2,40 DM pro Stunde und in sechs Branchen weniger als 2,00 DM. Im Mai 1958 erhielten sie schon in sechs Wirtschaftsgruppen Stundenlöhne über 2,40 DM und nur in der Chemischen Industrie und in der Obst- und Gemüse-

verarbeitung weniger als 2,00 DM. Die weiblichen Arbeiter bekamen im Mai 1957 allein in der Elektrotechnik 1,60 DM pro Stunde und in fünf Gewerbegruppen weniger als 1,30 DM. Im Mai 1958 dagegen betragen ihre Stundenverdienste schon in sechs Branchen 1,60 DM und mehr und nur in der Obst- und Gemüseverarbeitung weniger als 1,30 DM.

Aus der Abbildung geht hervor, daß im Jahre 1957 in den einzelnen Wirtschaftsgruppen kein Zusammenhang zwischen dem Niveau der Männer- und Frauenverdienste bestand. Zu relativ hohen Stundenlöhnen der männlichen Arbeiter bestimmter Branchen gehörten teils hohe, teils niedrige der weiblichen Arbeiter.

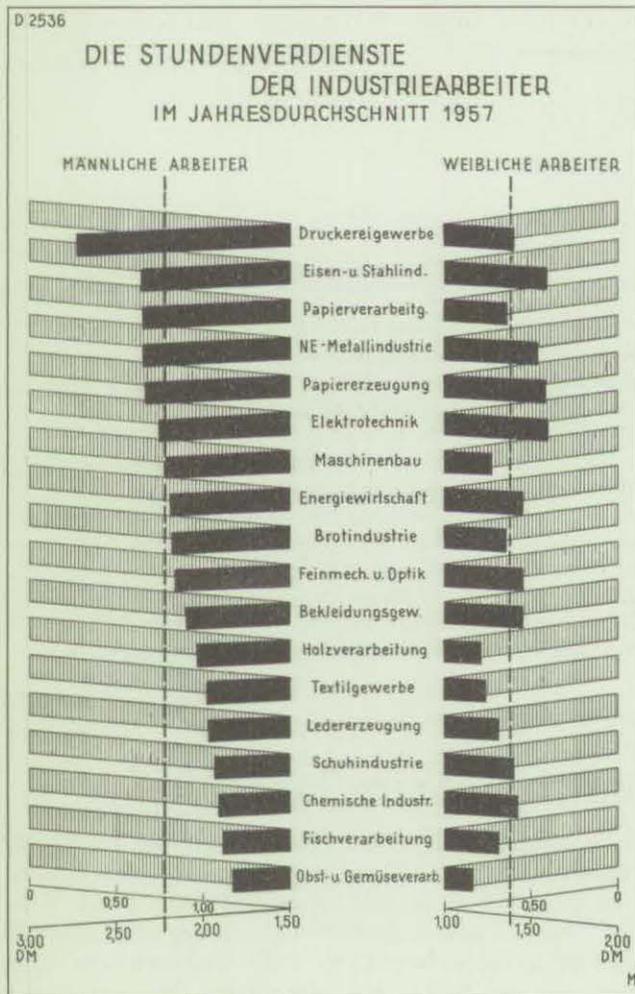
In der neuen Verdiensterhebung werden neben den bezahlten jetzt auch die geleisteten Arbeitsstunden ermittelt. Die Differenz zwischen beiden sind z. B. Stunden an gesetzlichen Feiertagen oder Urlaub. Wegen der starken saisonalen Schwankungen der Arbeitszeit werden im folgenden Jahresdurchschnitte herangezogen.

Die geleistete Wochenarbeitszeit im Durchschnitt aller Arbeiter betrug 1957 45,3, die bezahlte 47,3 Stunden. Die Männer bekamen durchschnittlich 48,0 und die Frauen 44,9 Stunden in der Woche bezahlt. In beiden Fällen war die geleistete Wochenarbeitszeit um rd. 2 Stunden geringer als die bezahlte.

In der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und im Baugewerbe waren die durchschnittlich geleisteten Wochenarbeitszeiten am längsten, in der Investitionsgüterindustrie am kürzesten. Die größten Differenzen zwischen geleisteter und bezahlter Wochenarbeitszeit sind bei männlichen und weiblichen Arbeitern in der Investitions- (3,3 bzw. 1,8 Std.) und in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (2,6 bzw. 2,1 Std.) festzustellen. Die entsprechende Differenz im Baugewerbe ist wegen der dort üblichen Sonderregelung des Urlaubs so gering. Die Urlaubszeit wird im Baugewerbe bei den Wochenarbeitszeiten überhaupt nicht erfaßt, sie gehört weder zur bezahlten noch zur geleisteten Arbeitszeit im Sinne der Verdiensterhebung. In den Löhnen der Bauarbeiter ist anteilig ein Urlaubsgeld

Tab. 4 Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten im Jahresdurchschnitt 1957

Wirtschafts-Hauptbereiche	Geleistete		Bezahlte	
	Wochenarbeitszeit			
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
	Arbeiter			
Baugewerbe	46,1	-	46,7	-
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	45,5	42,7	48,1	44,8
Investitionsgüterindustrie	44,6	42,3	47,9	44,1
Verbrauchsgüterindustrie	45,9	43,7	47,7	44,9
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	50,5	44,2	52,0	45,4
Industrie insgesamt	45,8	43,5	48,0	44,9



Tab. 5 Die betriebsübliche Arbeitszeit und die Mehrarbeitsstunden je Woche im Jahresdurchschnitt 1957

	Männliche Arbeiter			Weibliche Arbeiter			Alle Arbeiter		
	bezahlte Arbeitsstunden	davon		bezahlte Arbeitsstunden	davon		bezahlte Arbeitsstunden	davon	
		betriebsüblich	Mehrarbeit		betriebsüblich	Mehrarbeit		betriebsüblich	Mehrarbeit
Gesamte Industrie einschl. Baugewerbe	48,0	44,9	3,1	44,9	44,0	0,9	47,3	44,7	2,6
Baugewerbe	46,7	45,4	1,3	-	-	-	46,7	45,4	1,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	48,1	45,2	2,9	44,8	44,1	0,7	47,7	45,1	2,6
Investitionsgüterindustrie	47,9	43,6	4,3	44,1	43,2	0,9	47,5	43,6	3,9
Verbrauchsgüterindustrie	47,7	45,4	2,3	44,9	44,1	0,8	46,2	44,8	1,4
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	52,0	46,4	5,6	45,4	43,9	1,5	48,9	45,3	3,6

enthalten, für das sich dann der einzelne sogenannte Urlaubsmarken kaufen kann.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit ist in Tabelle 5 unterteilt in betriebsübliche Stunden und Mehrarbeitsstunden. Mehrarbeitsstunden sind Arbeitsstunden, die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet werden und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden, unabhängig davon, ob für diese Stunden ein Zuschlag gezahlt wird oder nicht. Aus Tabelle 5 geht hervor, daß die männlichen Arbeiter 1957 in der Woche durchschnittlich drei Mehrarbeitsstunden leisteten, die weiblichen Arbeiter dagegen nur knapp eine Stunde. Die Arbeiter der Investitionsgüterindustrie und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie machten am meisten Überstunden, diejenigen der Verbrauchsgüterindustrie und des Baugewerbes am wenigsten. Auffallend ist die Überstundenzahl bei den männlichen Arbeitern in der Nahrungs-

und Genussmittelindustrie, wo im Durchschnitt jeder pro Woche 5,6 Mehrarbeitsstunden leistete. In dieser Branche war außerdem die betriebsübliche Arbeitszeit der Männer am längsten, so daß deren insgesamt bezahlte Wochenarbeitszeit sich auf 52,0 Stunden belief. In der Investitionsgüterindustrie war die betriebsübliche Arbeitszeit am kürzesten, aber wegen der relativ langen Mehrarbeitszeit rangiert dieser Wirtschaftsbereich hinsichtlich der insgesamt bezahlten Wochenarbeitszeit dennoch an dritter Stelle.

Die längsten betriebsüblichen Wochenarbeitszeiten der weiblichen Arbeiter waren 1957 in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und in der Verbrauchsgüterindustrie anzutreffen. Die meisten Mehrarbeitsstunden leisteten die Frauen - genauso wie die Männer dieser Branche - in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Dipl.-Volksw. Enno Heeren

Im September 1957 wurden in Schleswig-Holstein 41 300 Parteien von der offenen Fürsorge unterstützt; davon waren drei Viertel Ein-Personen-Haushalte, die übrigen umfassten im Durchschnitt 2,7 Personen. Insgesamt erhielten 58 900 Personen eine Unterstützung, von denen knapp die Hälfte kein anderes Einkommen hatte und ausschliesslich auf Fürsorge angewiesen war. 56 % der Fürsorgeempfänger waren Frauen. - Gliedert man die unterstützten Personen nach Familientypen, so lebten von 100 Unterstützten 52 allein, 21 in einer Halbfamilie, 12 in einer Vollfamilie, 11 als kinderloses Ehepaar und 4 in sonstiger Gemeinschaft. - Die Ursache der Hilfsbedürftigkeit zeigt sich in der Aufgliederung nach Unterstützengruppen. Hierbei waren die Hauptgruppen: Empfänger sozialer Fürsorge gemäss BVG (24 % aller Parteien), Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren (16 %), Schwererwerbsbeschränkte (9 %) und "Übrige" (32 %). Die grosse Gruppe "Übrige" bestand zu drei Vierteln aus Frauen, unter denen die alleinstehenden Mütter mit Kindern besonders zahlreich waren. - Von den 58 900 unterstützten Personen erhielten 41 % Mehrbedarfzuschläge. Hierfür kamen besonders Frauen oder Alleinstehende in Frage. - Die gezahlten monatlichen Unterstützungen betragen im September 1957 durchschnittlich 71 DM je Partei bzw. 49 DM je Person. Die voll Unterstützten (ohne Anrechnung von Einkommen) erhielten im Durchschnitt 94 DM je Partei, während die zusätzlich Unterstützten (mit angeordnetem Einkommen) 52 DM bekamen. Gegenüber September 1956 hatten sich die monatlichen Unterstützungsbeträge je Partei durchschnittlich um 15 % (im Bund um 12 %) erhöht.

Die Struktur der Fürsorgeempfänger im Jahre 1957

Seit 1956 sind die vierteljährlichen statistischen Nachweisungen der Fürsorgeverbände von den näheren Angaben über den Personenkreis der Unterstützten entlastet. Statt dessen wird eine jährliche Zusatzerhebung durchgeführt, die 1956 und 1957 Auskunft gab über die während

des Monats September in der offenen Fürsorge laufend Unterstützten und über die Zusammensetzung der ihnen gezahlten Unterstützung. Dieser sog. Ergänzungsnachweis unterliegt keinem festen Frageschema, er soll vielmehr je nach den wechselnden Anforderungen Material zur

Lösung aktueller fürsorgēpolitischer Probleme liefern. Die Ergebnisse des Ergānzungsnachweises 1957 liegen nunmehr vor.¹

Der Personenkreis

Im September 1957 erhielten in Schleswig-Holstein insgesamt 41 300 Parteien mit 58 900 Personen laufende Unterstützung in der offenen Fürsorge. Die Anzahl der Parteien und Personen ist gegenüber 1956 einheitlich um gut 9% gestiegen. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß in Schleswig-Holstein die etwa

2 600 Parteien rentenversicherter Tbc-Hilfe-Empfänger im Ergānzungsnachweis 1956 nicht einbezogen waren. Die eigentliche Steigerung macht demgemäß nur gut 2% aus. Im Bundesgebiet dagegen hat sich die Gesamtzahl der laufend Unterstützten gegenüber dem Vorjahr um 4,4% der Parteien und Personen vermindert.

Von den 41 300 Parteien bestanden drei Viertel nur aus einer Person. Die übrigen 26% der Parteien umfaßten im Mittel 2,7 Personen. Von den sich daraus ergebenden 58 900 Personen waren 56% (1956 zu 60%) weiblich; im Bund waren 1957 55% Frauen und Mädchen.

Tab. 1 Parteien und Personen nach Familientyp, Geschlecht und Unterstützungsgrad im September 1957

Familientyp	Geschlecht	Zahl der Parteien insgesamt ¹	davon		Zahl der Personen insgesamt	davon	
			voll unterstützte ²	zusätzlich unterstützte ³		voll unterstützte ²	zusätzlich unterstützte ³
Einzelpersonen	m	10 950	3 740	7 210	10 950	3 740	7 210
	w	19 770	9 660	10 110	19 770	9 660	10 110
Ehepaare ohne Kinder	-	3 110	920	2 190	6 220	1 840	4 380
Ehepaare mit Kindern	-	1 790	620	1 170	7 110	2 370	4 740
Elternteile mit Kindern	m	(90)	(30)	(60)	230	(70)	160
	w	4 510	2 940	1 570	12 030	7 760	4 270
Sonstige Mehrpersonenparteien	m	520	170	350	1 260	390	870
	w	560	190	370	1 320	440	880
Zusammen ⁴	m	16 410	5 450	10 960	25 660	8 340	17 320
	w	24 890	12 820	12 070	33 230	17 930	15 300
	zus.	41 300	18 270	23 030	58 890	26 270	32 620
Dagegen: September 1956		37 810	15 790	22 020	54 000	22 860	31 140

1) 1956 ohne rentenversicherte Tbc-Hilfe-Empfänger (etwa 2 600 Parteien) 2) ohne angerechnetes Einkommen 3) mit angerechnetem Einkommen 4) Ehepaare nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes
Eingeklammerte Zahlen: eingeschränkter Aussagewert (unter 10 Erfasste)

Von je 100 Parteien bestehen 74 nur aus einer Person, 8 sind kinderlose Ehepaare, 4 Ehepaare mit Kindern, 11 sind Elternteile (fast ausschließlich Mütter) mit Kindern und 3 sonstige Mehrpersonenparteien (Großeltern mit Enkeln u. ä.). Die durchschnittliche Größe der Mehrpersonenparteien schwankt je nach Familientyp zwischen zwei und vier Personen:

Ehepaare ohne Kinder	2 Personen
Ehepaare mit Kindern	4 Personen
Elternteile mit Kindern	2,7 Personen
Sonstige Mehrpersonenparteien	2,4 Personen

Geht man von der Gesamtzahl der Personen (statt der Parteien) aus, so ergeben sich für die Familientypen folgende Anteile:

Von 100 Personen lebten	
allein	52
als kinderloses Ehepaar	11
in einer Vollfamilie	12
in einer Halbfamilie	21
in sonstiger Gemeinschaft	4

1) Die Fürsorgeverbände hatten für jede Partei, die im September 1957 laufend unterstützt wurde, und deren Name mit einem bestimmten, von Kreis zu Kreis verschiedenen Auswahlbuchstaben begann, ein Erhebungsblatt auszufüllen. Die Auswahlbuchstaben waren so bestimmt, dass jeweils ein Zehntel aller Namen (aller Parteien) erfasst werden musste. Die auf diese Weise gewonnenen Angaben wurden verzehnfacht und geben mit entsprechender Einschränkung hinsichtlich der Genauigkeit die für Schleswig-Holstein geltenden Verhältnisse richtig wieder. Im folgenden werden nur die Hauptergebnisse dargestellt; die Originaltabellen, die beim Statistischen Landesamt eingesehen werden können, enthalten Informationen in noch weitergehender Unterteilung und Kombination.

Demnach befinden sich nur knapp ein Viertel aller in der offenen Fürsorge unterstützten Personen in einer vollständigen Familie; reichlich die Hälfte sind allein, und ein Viertel lebt in einer Halbfamilie bzw. in sonstiger Gemeinschaft.

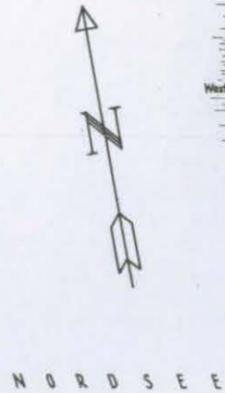
Knapp die Hälfte der rund 58 900 unterstützten Personen erzielte überhaupt kein Einkommen und war allein auf die laufenden Unterstützungszahlungen der offenen Fürsorge angewiesen. Bei den übrigen 32 600 Personen (55%) konnte mindestens eine Einkommensart angerechnet werden, und die Fürsorge brauchte ihnen infolgedessen jeweils nur einen zusätzlichen Unterstützungsbetrag zu zahlen. Gruppirt man die Fürsorgeempfänger nach dem Unterstützungsgrad und dem Geschlecht, so ergibt sich folgende aufschlußreiche Aufteilung:

	voll Unterstützte	zusätzlich Unterstützte	Unterstützte insgesamt
männlich	33 %	67 %	100 %
weiblich	54 %	46 %	100 %

Während von den männlichen Fürsorgeempfängern gut zwei Drittel mindestens irgendein Einkommen empfangen und deshalb nur einer zusätzlichen Unterstützung bedurften, waren es von den weiblichen Unterstützten weniger als die Hälfte. Bei den einzelnen Familientypen

BERUFSPENDLER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Erwerbstätige, die in einer anderen Gemeinde arbeiten als sie wohnen
ERGEBNISSE DER WOHNUNGSZÄHLUNG
AM 25. SEPTEMBER 1956



Die Tatsache, daß längst nicht alle Menschen dort wohnen, wo ihre Arbeitsstätte liegt, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert, so z. B. für den Wohnungsbau und Verkehrsfragen, ferner für die Landesplanung im Hinblick auf industrielle Standortverteilung und Neuansiedlung. Eine Einführung in den Problemkreis gibt diese Abbildung, die jedoch nur einen Auszug aus der Wirklichkeit darstellt:

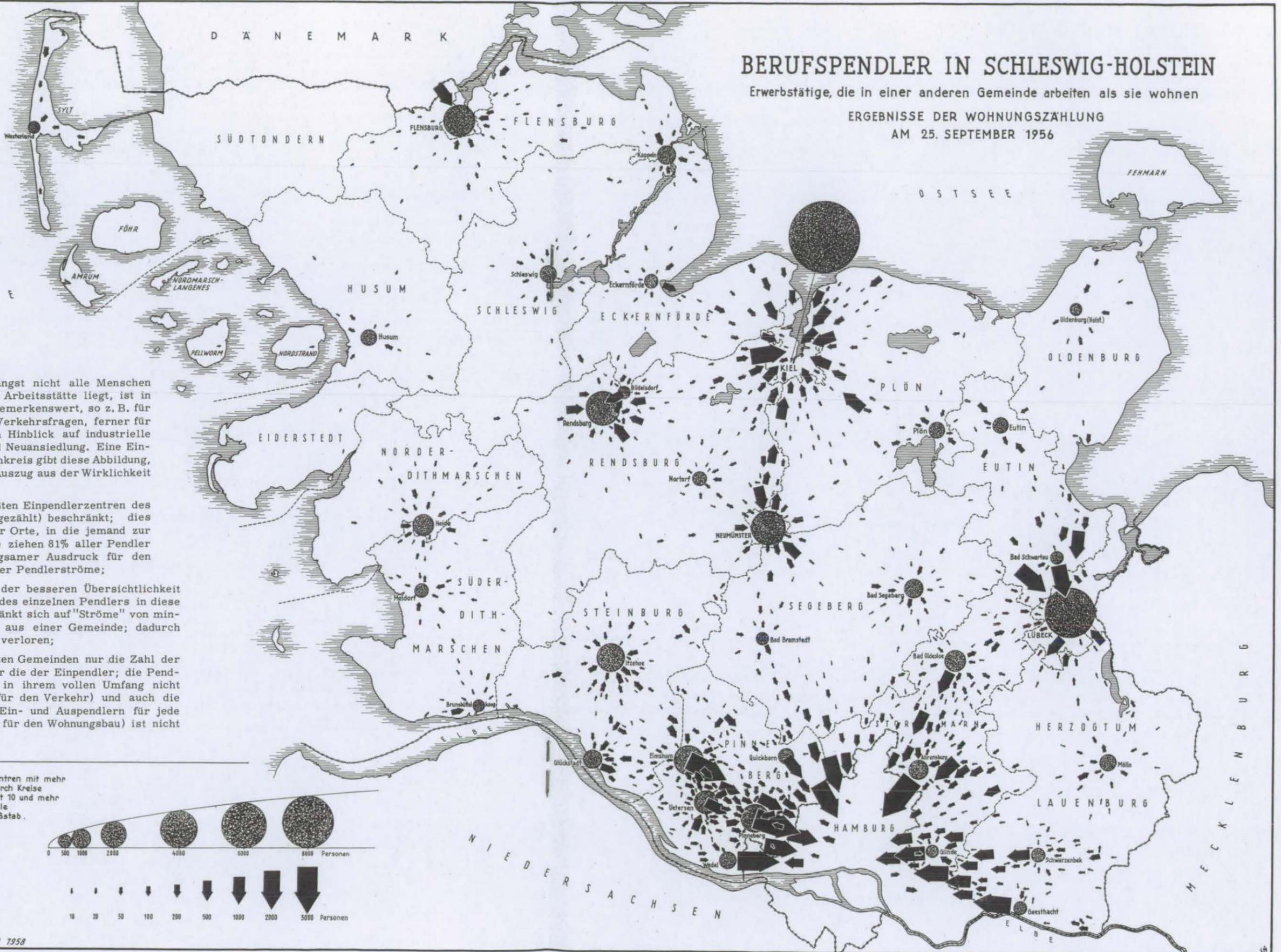
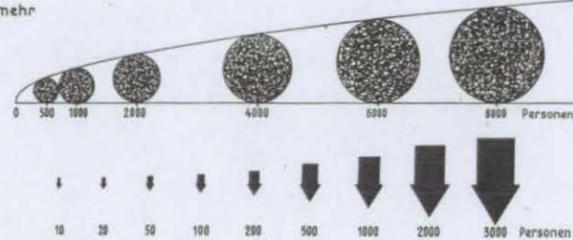
sie ist auf die 35 größten Einpendlerzentren des Landes (Hamburg mitgezählt) beschränkt; dies sind zwar nur 3% aller Orte, in die jemand zur Arbeit fährt, aber sie ziehen 81% aller Pendler auf sich, ein einprägsamer Ausdruck für den zentralen Charakter der Pendlerströme;

sie verzichtet wegen der besseren Übersichtlichkeit auf die Darstellung jedes einzelnen Pendlers in diese 35 Zentren und beschränkt sich auf "Ströme" von mindestens 10 Personen aus einer Gemeinde; dadurch gehen 7% der Pendler verloren;

sie zeigt für die meisten Gemeinden nur die Zahl der Auspendler, nicht aber die der Einpendler; die Pendlerströme sind also in ihrem vollen Umfang nicht sichtbar (bedeutsam für den Verkehr) und auch die Bilanz zwischen den Ein- und Auspendlern für jede Gemeinde (bedeutsam für den Wohnungsbau) ist nicht dargestellt.

Dargestellt sind alle Zentren mit mehr als 500 Einpendlern durch Kreise und alle Gemeinden mit 10 und mehr Auspendlern durch Pfeile im gleichen Flächenmaßstab.

* mit Auspendlern nach den dargestellten Zentren

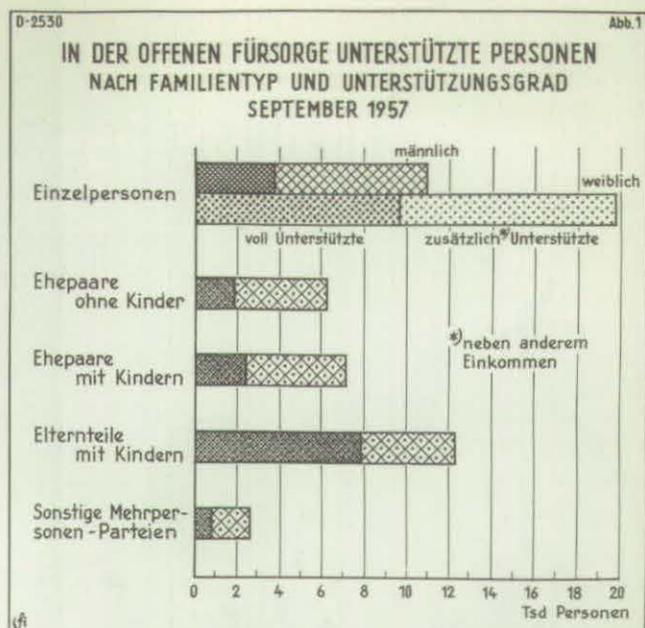


weisen die eben für die Gesamtheit aller männlichen und weiblichen Unterstützten erwähnten Verhältnisse natürlich Unterschiede auf. So waren von den rund 4 500 alleinstehenden Müttern mit insgesamt 7 500 Kindern 65% allein auf die Fürsorge angewiesen, und nur etwa 35% hatten mindestens ein Einkommen und erhielten zusätzliche Unterstützung. Bei den in sonstigen Gemeinschaften lebenden weiblichen Personen war das Verhältnis umgekehrt.

In Tabelle 2 sind die 41 300 insgesamt unterstützten Parteien in verschiedene "Unterstützengruppen" eingeteilt. Für September 1956 und 1957 ergeben sich folgende prozentualen Anteile der einzelnen Unterstützengruppen an der Gesamtheit der Parteien:

	1956	1957
Empfänger sozialer Fürsorge gemäss BVG	23	24
Empfänger von Ausbildungsbeihilfe gemäss § 6 e RGr	.	2
Tbc-Hilfe-Empfänger	2	7
Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren	21	16
Pflegekinder	7	6
Schwererwerbsbeschränkte	9	9
Arbeitslose	1	5
Übrige	38	32

Nach der Zahl der Parteien gerechnet war also 1957 ein Viertel der offenen Fürsorgeunterstützung unmittelbar durch den Krieg und seine Folgen bedingt (soziale Fürsorge gemäss BVG). Es handelte sich dabei überwiegend (94%) um Einzelpersonen, von denen gut die Hälfte männlich war. Wieweit in den übrigen Unterstützengruppen Kriegsauswirkungen zum Eintreten des Fürsorgefalls mitbestimmend waren, dürfte sich kaum feststellen lassen. Die Gruppe "Übrige" war in beiden Jahren am größten; 1957 bestand sie allein zu 77% aus Frauen, von denen sechs Zehntel als Einzelperson und vier Zehntel als Mütter mit Kindern lebten. Die Hilfsbedürftigen von 65 und mehr Jahren setzten sich zu



drei Vierteln aus Alleinstehenden und zu einem Fünftel aus kinderlosen Ehepaaren zusammen.

Aus diesen Angaben kann man entnehmen, daß die Fürsorgebedürftigkeit vor allem durch zwei Momente verursacht wird, nämlich durch eine je nach Unterstützengruppe verschieden bedingte Erwerbsminderung und zweitens durch die für alle Gruppen geltende Tatsache des Alleinstehens. Jedenfalls für den größten Teil (74%) aller Parteien war der Umstand, daß die von irgendeiner Erwerbsminderung Betroffenen allein standen, mehr oder weniger ausschlaggebend für den Eintritt ihrer Unterstützungsbedürftigkeit.

Ein Vergleich der Unterstützenzahlen von 1956 und 1957 zeigt, daß die im ganzen bestehende Zunahme der Fälle keineswegs etwa als Zeichen

Tab. 2 Parteien nach Familientyp, Geschlecht und Unterstützengruppe im September 1957

Familientyp	Geschlecht	Zahl der Parteien insges.	davon							
			Empfänger von			Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren	Pflegekinder	Schwererwerbsbeschränkte	Arbeitslose	Übrige
			sozialer Fürsorge gemäss BVG	Ausbildungsbeihilfe gemäss § 6 e RGr	Tbc-Hilfe					
Einzelpersonen	m	10 950	5 010	340	880	820	1 220	540	250	1 890
	w	19 770	4 160	210	910	4 140	1 320	1 670	1 110	6 250
Ehepaare ohne Kinder	-	3 110	(40)	-	230	1 400	-	700	200	540
Ehepaare mit Kindern	-	1 790	(80)	(10)	580	(60)	-	460	260	340
Elternteile mit Kindern	m	(90)	(20)	-	(30)	-	-	(10)	(20)	(10)
	w	4 510	(40)	(80)	100	(10)	-	120	220	3 940
Sonstige Mehrpersonenparteien	m	520	160	(10)	(20)	(50)	(10)	(40)	-	230
	w	560	230	-	-	120	-	(30)	(10)	170
Zusammen ¹	m	16 410	5 310	360	1 740	2 320	1 230	1 720	720	3 010
	w	24 890	4 430	290	1 010	4 280	1 320	1 850	1 350	10 360
	zus.	41 300	9 740	650	2 750	6 600	2 550	3 570	2 070	13 370
Dagegen: September 1956		37 810 ^a	8 440	.	620 ^a	7 840	2 690	3 520	380	14 320

1) Ehepaare nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes

a) ohne rentenversicherte Tbc-Hilfe-Empfänger (etwa 2 600 Parteien) b) in der Gruppe "Übrige" enthalten

Eingeklammerte Zahlen: eingeschränkter Aussagewert (unter 100 Fälle bzw. 10 Erfasste)

fortschreitender Verelendung angesehen werden kann. Genau das Gegenteil ist der Fall: eine fortschreitend großzügigere soziale Gesetzgebung vermehrt den Kreis derer, die unterstützt werden; es sind dies die Empfänger sozialer Fürsorge gemäß BVG und die Arbeitslosen, von denen wegen Erhöhung der Fürsorgerichtsätze 1957 rund 1 700 mehr zusätzlich unterstützt wurden als 1956, wo sie bei niedrigeren Richtsätzen mit ihrer geringen Arbeitslosenunterstützung auskommen mußten. In den Gruppen der klassischen Hilfsbedürftigkeit - Alte über 65 Jahre und "Übrige" - hat die Zahl der Unterstützten um 1 200 bzw. um 300 abgenommen (1956 wurden die Empfänger von Ausbildungsbeihilfe gem. § 6 e RGr unter den "Übrigen" mitgezählt).

Die Vergrößerung der Gesamtzahl der unterstützten Parteien gegenüber September 1956 ist ein Saldo aus den Zu- und Abnahmen der Parteienzahlen der einzelnen Unterstütztengruppen. Zugenommen hat die Zahl der Parteien bei den Empfängern sozialer Fürsorge (15%), den Schwererwerbsbeschränkten (1,4%) und den Arbeitslosen (445%), abgenommen bei den Empfängern von Tbc-Hilfe, den Pflegekindern (5%), den Hilfsbedürftigen von 65 und mehr Jahren (16%) und den sonstigen Hilfsbedürftigen (2%). Bei den an Zahl gewinnenden Gruppen hat sich besonders die Intensivierung der Erziehungsbeihilfen gem. BVG, die erweiterte Fürsorge nach dem Körperbehindertengesetz und die Neuregelung des AVAVG ausgewirkt. Dagegen ist der Rückgang der Unterstütztenzahlen vor allem durch die im ganzen anhaltende Vollbeschäftigung und durch erhöhte anderweitige Sozialleistungen (Rentenreform) verursacht.

In der eben erläuterten Tabelle 2 sind Mehrfachzählungen nicht berücksichtigt worden; das heißt, man hat außer acht gelassen, daß einige Parteien gleichzeitig zwei (oder mehreren) Unterstütztengruppen zugehören. Auf die insgesamt 41 300 Parteien kommen 17 200 solcher Mehrfachzählungen, im Schnitt also auf 100 Parteien 42. Unter der weitgehend zutreffenden Voraussetzung, daß kaum eine Partei mehr als zwei Gruppen angehört, ist die Aussage zulässig, daß für 42% aller Parteien zwei "Unterstützungstatbestände" gegeben sind.

Nach den §§ 11 b - 11 f RGr² ist einem begrenzten Personenkreis ein Mehrbedarf in einem bestimmten Prozentsatz des jeweils maßgebenden Richtsatzes anzuerkennen. Dazu gehören alte (über 65 Jahre) und schwererwerbsbeschränkte Personen, die trotz wirtschaftlicher Lebensführung hilfsbedürftig sind, ferner Unfallrentner, Opfer nationalsozialistischer Ver-

folgung und Mütter, die mindestens zwei Kinder im schulpflichtigen Alter zu versorgen haben. Ein angemessener Mehrbedarf ist außerdem solchen Personen zuzubilligen, die unter Anwendung besonderer Tatkraft einem geringfügigen Erwerb nachgehen, auch Frauen, die nebenbei berufstätig sind, obwohl ein wesentlicher Teil ihrer Arbeitskraft durch die Führung eines Haushaltes oder durch die Pflege von Angehörigen in Anspruch genommen wird. Schließlich gewährt das Gesetz noch einen Mehrbedarf bei Lehrlingen und Anlernlingen, bei Blinden, Schwangeren und Wöchnerinnen. Von den 58 900 im September 1957 insgesamt unterstützten Personen erhielten rund 24 200 (41%) Mehrbedarfszuschläge. Mehr als die Hälfte (54%) davon waren weiblich und fast sieben Zehntel allein-stehend.

Von den rund 58 900 in der offenen Fürsorge laufend Unterstützten waren etwa 21 400 Vertriebene und 1 700 Zugewanderte - zusammen 23 200 (39%). Dagegen machte die Zahl der Vertriebenen und Zugewanderten an der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins nur rund 34% aus. Den verschiedenen hohen Anteil der Vertriebenen und Zugewanderten an den einzelnen Unterstütztengruppen zeigt die folgende Aufstellung:

Unterstütztengruppe	Anteil der Vertriebenen und Zugewanderten in %
Empfänger sozialer Fürsorge gemäß BVG	53
Empfänger von Ausbildungsbeihilfe gemäß § 6 e RGr	63
Tbc-Hilfe-Empfänger	33
Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren	25
Pflegekinder	33
Schwererwerbsbeschränkte	32
Arbeitslose	41
Sonstige	41

Ein weiterer Schritt zur Durchleuchtung der Struktur der Fürsorgebevölkerung ist die Gruppierung der Parteien nach der Haushaltsgröße. Von den 41 300 Parteien bestanden

	absolut	in %
aus einer Person	30 720	74,4
zwei Personen	6 440	15,6
drei "	2 410	5,8
vier "	1 010	2,4
fünf "	470	1,1
sechs "	140	0,3
sieben und mehr Personen	110	0,3

Aus vier und mehr Personen setzten sich also nur 4% aller Parteien zusammen, und nur rund ein Fünftel wurde aus zwei oder drei Personen gebildet; das heißt also, die Mehrzahl der in der offenen Fürsorge laufend unterstützten Mehrpersonen-Haushalte war relativ klein.

Die Frage, welche Arten von Einkommen die rund 23 000 zusätzlich unterstützten Parteien erzielten, beantwortet Tabelle 3.

Die angerechneten Einkommensarten, die für den Lebensunterhalt der zusätzlich Unterstützten

2) RGr = Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Mass der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1931

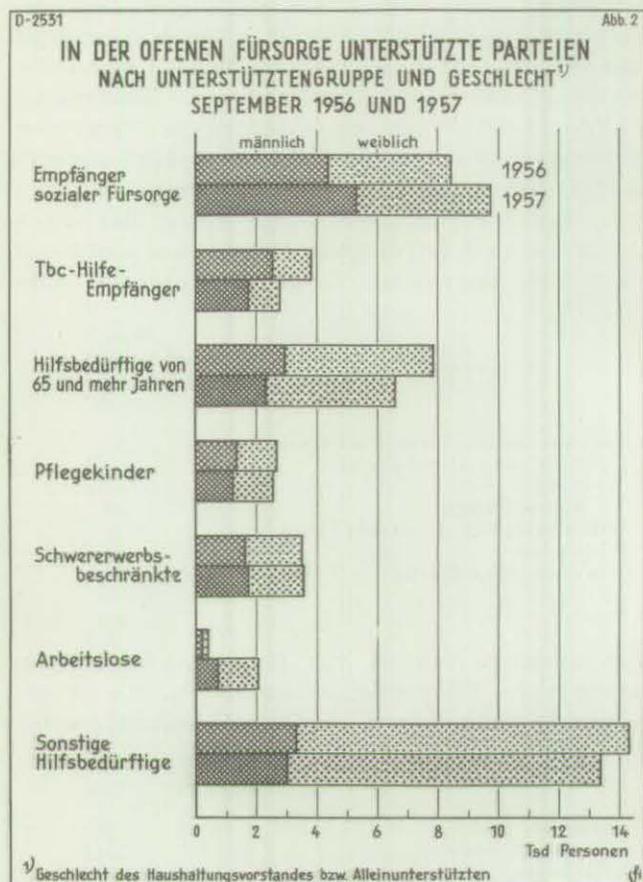
Tab. 3

Parteien¹ nach Familientyp und angerechneten Einkommen

Familientyp	Geschlecht	Zahl der Parteien insges.	und zwar Parteien mit angerechneter(m) ²						
			Unfall- u. sozialer Rentenversicherung	Kriegsbeschädigten- und Kriegs-hinterbliebenenrente	Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	Kriegsschadenrente und LAG-Ausbildungshilfe	Lehrlingsvergütung	Unterhaltsbeitrag	sonstigen Einkommen
Einzelpersonen	m	7 210	3 900	4 250	(20)	190	2 890	1 310	1 040
	w	10 110	5 900	3 550	(80)	320	1 770	2 010	1 830
Ehepaare ohne Kinder	-	2 190	1 550	190	(10)	120	-	270	410
Ehepaare mit Kindern	-	1 170	590	220	160	(20)	(60)	140	280
Elternteile mit Kindern	m	(60)	(10)	(30)	(10)	(10)	(10)	-	-
	w	1 570	440	100	(10)	(30)	(90)	780	560
Sonstige Mehrpersonenteilen	m	350	200	150	-	(10)	(90)	(60)	(90)
	w	370	270	190	(20)	-	(80)	(90)	(30)
Zusammen		23 030	12 860	8 680	310	700	4 990	4 660	4 240

1) nur solche mit angerechnetem Einkommen

2) einschliesslich Mehrfachzählungen



nicht ausreichen, teilen sich wie folgt auf:

Unfall- und soziale Rentenversicherung	35,3 %
Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenrente	23,8 %
Lehrlingsvergütung	13,7 %
Unterhaltsbeitrag	12,8 %
sonstige Einkommen	11,6 %
Kriegsschadenrente und LAG-Ausbildungshilfe	1,9 %
Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	0,9 %

Bei rund 60% der insgesamt angerechneten 36 400 Einkommensarten, mit denen der notwendige Lebensbedarf nicht bestritten werden konnte, handelt es sich um Renten, in nur knapp einem Prozent um Arbeitslosengeld bzw. -hilfe. Die übrigen nicht ausreichenden Einkommen sind zu etwa gleichen Teilen Lehrlingsvergütungen, Unterhaltsbeiträge (Unterhaltszahlungen

für uneheliche Kinder und Geschiedene) und sonstige Einkommen. Bei den Lehrlingsvergütungen ist bezüglich ihrer "unzureichenden Höhe" zu bedenken, daß es sich hier bei der Unterstützung meist um soziale Fürsorge, also Ausbildungsbeihilfen handelt, bei denen besonders großzügige Bestimmungen hinsichtlich der Anrechnung anderer Einkommen gelten.

Die Unterstützungsbeträge

An Geldbeträgen wurden im September 1957 lediglich die im Monat gezahlten laufenden Unterstützungen erfaßt. Die Richtsatz- und Anrechnungsbeträge wurden im Gegensatz zum Vorjahr nicht ermittelt. Die gezahlten monatlichen Unterstützungen betragen im Gesamtdurchschnitt aller Unterstützten in Schleswig-Holstein rund 71 DM je Partei bzw. 49 DM je Person. Im Bund lagen die entsprechenden Beträge etwas höher (76 DM bzw. 51 DM). Bei den voll Unterstützten ohne Anrechnung von Einkommen belief sich die gezahlte Unterstützung im Schnitt auf 94 DM je Partei, das sind 43 DM

Tab. 4 Die monatlichen Unterstützungsbeträge* nach Familientyp, Geschlecht und Unterstützungsgrad im September 1957 in DM

Familientyp	Geschlecht	voll Unterstützte ¹		zusätzlich Unterstützte ²	
		je Partei	je Person	je Partei	je Person
Einzelpersonen	m	66,32	66,32	38,24	38,24
	w	75,23	75,23	40,53	40,53
Ehepaare ohne Kinder	-	147,66	73,83	72,59	36,30
Ehepaare mit Kindern	-	219,15	57,33	110,34	27,24
Elternteile mit Kindern	m	157,67	67,57	94,33	35,38
	w	145,01	54,94	103,66	38,11
Sonstige Mehrpersonenteilen	m	111,65	48,67	75,46	30,36
	w	137,00	59,16	62,81	26,41
Zusammen ³	m	98,56	64,41	54,17	34,28
	w	92,47	66,11	49,54	39,08
	zus.	94,29	65,57	51,74	36,53

1) ohne angerechnetes Einkommen 2) mit angerechnetem Einkommen

3) Ehepaare nach dem Geschlecht des Haushaltvorstandes

* einschliesslich Miete

mehr als der Durchschnittsbetrag der zusätzlich (mit angerechnetem Einkommen) Unterstützten (52 DM). Im gesamten Bundesgebiet erhielten die voll Unterstützten im Mittel 102 DM je Partei, das sind 44 DM mehr als die zusätzlich unterstützten Fürsorgeempfänger.

Gegenüber September 1956 haben sich in Schleswig-Holstein die monatlichen Unterstützungsbeträge je Partei im Durchschnitt aller Unterstützten um etwa 15%, im Bund dagegen nur um 12% erhöht; trotzdem lag der Betrag 1957 im Bund noch um 6 DM über dem des Landes.

Die Durchschnittsbeträge je Partei der Fürsorgeempfänger waren nach Größe und Zusammensetzung der Familien ziemlich verschieden. Am höchsten waren sie verständlicherweise bei Ehepaaren und Elternteilen mit Kindern, am niedrigsten bei den Einzelpersonen und sonstigen Mehrpersonenparteien. Aus der Graphik geht deutlich hervor, daß die Differenz zwischen den Beträgen für voll und zusätzlich Unterstützte in den einzelnen Familientypen schwankt. Relativ groß war sie bei den sonstigen Mehrpersonenparteien und verhältnismäßig klein beim Familientyp "Elternteile mit Kindern", der fast ausschließlich aus Müttern mit Kindern besteht, die in weniger Fällen als der Durchschnitt anzurechnende Einkommen erzielen.

Die monatlichen Fürsorgebeträge je Person weisen bei den voll und auch bei den zusätzlich

Unterstützten weit geringere Unterschiede zwischen den Familientypen auf. Am größten waren sie bei den Alleinstehenden und bei Ehepaaren ohne Kinder, am geringsten bei den sonstigen Mehrpersonenparteien und bei Ehepaaren mit Kindern. Das Vorhandensein von Kindern in einer Fürsorgepartei mindert den Durchschnittsbetrag je unterstützte Person.

Tabelle 5 gliedert die monatlich gezahlten Fürsorgebeträge nach der Unterstütztengruppe und dem Unterstützungsgrad. Die Durchschnittsbeträge für voll Unterstützte schwankten von 28 DM bis 125 DM je Partei. Die höchsten Unterstützungsbeträge (je Partei) erhielten Empfänger von Ausbildungshilfe gemäß § 6 e RGr³ und Tbc-Hilfe-Empfänger. Nur etwa ein Viertel jener Beträge macht die Erziehungsbeihilfe für Kriegsbeschädigtenkinder und etwa nur ein Drittel die für Kriegerwaisen aus. Der monatliche Fürsorgebetrag für Pflegekinder liegt ein wenig höher. Fälle von Berufs- und Sonderfürsorge gemäß BVG als "Vollunterstützung" kamen in der Zusatzerhebung 1957 nicht vor. Die Beträge je Person bei voller Unterstützung waren für Kinder besonders niedrig, bei den Erwachsenen bewegten sie sich zwischen 61 DM und 86 DM.

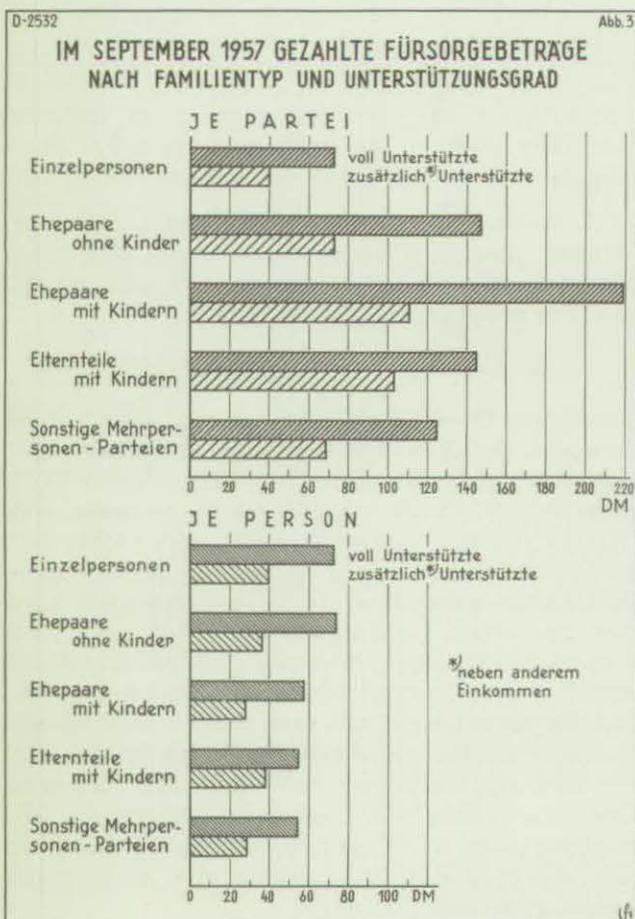
Tab. 5 Die monatlichen Unterstützungsbeträge nach Unterstütztengruppe und Unterstützungsgrad im September 1957

Unterstütztengruppe	Unterstützungsbeträge in DM für			
	voll Unterstützte ¹		zusätzlich Unterstützte ²	
	je Partei	je Person	je Partei	je Person
Kriegsbeschädigte mit Berufsfürsorge	-	-	190,06	71,24
Kinder von Kriegsbeschädigten mit Erziehungsbeihilfe	27,89	27,89	40,95	36,96
Kriegerwaisen mit Erziehungsbeihilfe	37,37	33,55	35,44	33,78
Schwerbeschädigte mit Sonderfürsorge	-	-	104,67	58,87
Empfänger von Ausbildungsbeihilfe gemäß § 6 e RGr	124,75	71,29	56,28	47,18
Tbc-Hilfe-Empfänger	120,65	74,06	63,81	34,62
Hilfsbedürftige von 65 und mehr Jahren	99,23	85,62	49,91	36,62
Pflegekinder	47,05	46,82	33,30	33,30
Schwererwerbsbeschränkte	106,68	75,82	65,52	34,48
Arbeitslose	96,85	72,49	63,50	24,23
Sonstige	99,60	60,51	68,30	40,37
Zusammen	94,29	65,57	51,74	36,54

1) ohne angerechnetes Einkommen 2) mit angerechnetem Einkommen

Die zusätzliche Fürsorgeunterstützung schließt die Lücke zwischen einem nicht ausreichenden Einkommen und dem zum Lebensbedarf notwendigen Betrag. Im September 1957 lagen die

3) Das sind entweder Minderjährige oder Blinde, Hör- und Sprachgeschädigte sowie Krüppel oder solche Volljährigen, deren Berufsausbildung infolge des Krieges oder seiner Auswirkungen nicht begonnen, nicht fortgesetzt oder nicht abgeschlossen worden ist.



Zahlungen der zusätzlichen Unterstützung je Partei um 43 DM (45%) und je Person um 29 DM (44%) unter den entsprechenden Sätzen der vollen Unterstützung. Die niedrigsten Beiträge je Person erhielten die Arbeitslosen, der bei weitem höchste Satz wurde an die Empfänger

von Berufsfürsorge gem. BVG gezahlt.

Dipl.-Volksw. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Struktur der Fürsorgebevölkerung 1956" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 9. Jahrgang, Heft 9, September 1957, Seite 283 ff. und "Die laufend Unterstützten der offenen Fürsorge" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 10. Jahrgang N.F., Heft 7, Juli 1958, Seite 406 ff.

Im Laufe des Jahres 1957 wurden in Schleswig-Holstein 18 600 Ehen geschlossen, 600 mehr als 1956. Etwa zwei Fünftel der Männer und fast zwei Drittel der Frauen, die heirateten, waren unter 25 Jahre alt. Die allgemeine Eheschließungsziffer betrug 8,2 (1956: 8,0). – 1957 wurden 33 800 Kinder lebend geboren, das sind 15 auf 1 000 der Bevölkerung (1956: 14,3). Von diesen Kindern waren 8,7 % unehelich. – 1957 starben 26 400 Personen, fast 5 % mehr als 1956. Die Zahl der Gestorbenen nahm in diesem Zeitraum von 11,2 auf 11,7 je 1 000 Einwohner zu. Die Säuglingssterblichkeit sank auf 3,3 und erreichte den niedrigsten in Schleswig-Holstein bisher festgestellten Stand. Im Bundesgebiet starben 1957 3,7 % der Säuglinge.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1957

Im Jahre 1957 lag in Schleswig-Holstein die Zahl der Eheschließungen und Geburten, aber auch die der Gestorbenen höher als 1956. Die

Zahl der unehelich Geborenen und die Säuglingssterblichkeit gingen weiter zurück.

Tab. 1

Die natürliche Bevölkerungsbewegung 1956 und 1957

Zeit	Eheschließungen		Lebendgeborene				Gestorbene (ohne Totgeborene)				Geburtenüberschuss	
	absolut	je 1000 Einw.	absolut	je 1000 Einw.	darunter unehelich		absolut	je 1000 Einw.	darunter unter 1 Jahr		absolut	je 1000 Einw.
					absolut	je 100 Lebendgeborene			absolut	je 100 Lebendgeborene		
1956	18 019	8,0	32 233	14,3	3 003	9,3	25 218	11,2	1 205	3,7	7 015	3,1
1957	18 604	8,2	33 788	15,0	2 950	8,7	26 398	11,7	1 103	3,3	7 390	3,3

Die Eheschließungen

Im Jahre 1957 wurden von den Standesbeamten Schleswig-Holsteins 18 604 Brautpaare getraut, das sind 600 mehr als 1956. Die Gliederung der Eheschließungen nach dem Alter der Eheschließenden läßt die Ursache dieser seit 1955 zu beobachtenden Zunahme erkennen: Personen der relativ geburtenreichen Jahrgänge ab 1934 gelangen nunmehr in das heiratsfähige Alter.

Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen sind die Anteile der Altersgruppen bis 25 Jahre weiter gestiegen. Mehr als 2/5 der Männer und fast 2/3 der eine Ehe schließenden Frauen gehörten 1957 diesen Altersgruppen an. Dadurch ergaben sich bei den höheren Altersgruppen etwas geringere Anteile. Die Zahl der Ehe-

schließungen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht nur absolut, sondern auch je 1 000 Einwohner erhöht, und zwar von 8,0 auf 8,2.

1957 waren, ähnlich wie 1956, rd. 85% der Männer, aber 88% der Frauen vor der Ehe ledig gewesen, 4,5 bzw. 3,0% verwitwet und rd. 11 bzw. 9% geschieden.

Die Geburten

Steigende Eheschließungen lassen auch eine Zunahme der Zahl der Geburten erwarten. Bereits 1956 war die Zahl der Lebendgeborenen gegenüber 1955 um rd. 400 höher gewesen und 1957 betrug der Zuwachs sogar fast 1 600, das sind 5,5%. Diese Zunahme ist nur bei den ehelich Lebendgeborenen zu beobachten; die Zahl der unehelich Lebendgeborenen ist seit 1950 – wo 4 836 Kinder unehelich geboren wurden – ständig zurückgegangen. Bemerkenswert ist, daß der Anteil der Knabengeburt in Schleswig-Holstein weiter gesunken ist. 1955 kamen auf 100 Mädchen noch 108, 1956 noch 107, dagegen 1957 nur noch 104 Knaben, während es im Bundesgebiet 107 waren. Schleswig-Holstein hat, wie sich aus Tab. 4 ergibt, den niedrigsten Anteil an Knabengeburt.

Tab. 2 Die Eheschließenden nach Altersgruppen

Altersgruppen	Männer		Frauen	
	in %			
	1956	1957	1956	1957
bis 21 Jahre	4	4	25	25
21 bis unter 25 "	35	38	38	40
25 " " 30 "	33	31	18	17
30 " " 40 "	16	15	12	11
40 und mehr Jahre	13	12	6	7

Die Sterbefälle

Im Jahre 1957 sind rd. 26 400 Personen gestorben, fast 1 200 oder 4,7% mehr als im Vorjahr. Die allgemeine Sterbeziffer - berechnet auf 1 000 Einwohner der mittleren Jahresbevölkerung - ist von 11,2 auf 11,7 gestiegen. Die Zunahme ergab sich vor allem aus der erhöhten Sterblichkeit in den Monaten Oktober bis Dezember 1957, die im wesentlichen auf die Sterbefälle an Grippe zurückzuführen ist.

Die Säuglingssterblichkeit sank auf 3,3 und erreichte den niedrigsten in Schleswig-Holstein bisher festgestellten Stand. Im Jahre 1938 waren von 100 Lebendgeborenen 5,4 gestorben. Nach Beendigung des 2. Weltkrieges wurde - wenn man vom Jahre 1945 absieht, in dem besonders in den letzten Kriegsmonaten die Sterblichkeit und damit auch die Säuglingssterblichkeit besonders hoch war - die höchste Säuglingssterblichkeit mit 9,8 im Jahre 1946 festgestellt.

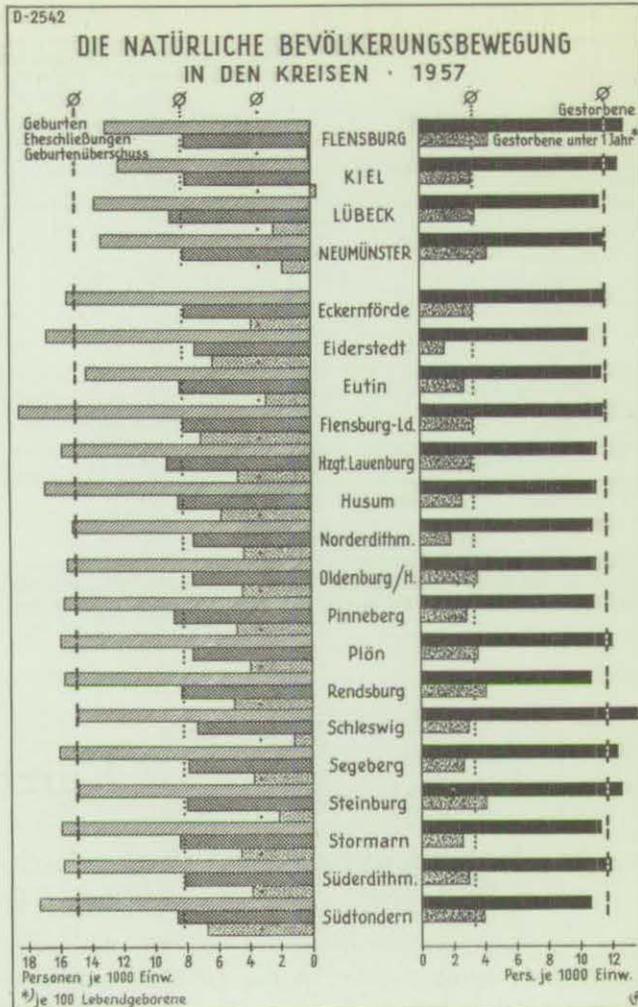
Von den 1 200 Personen, die 1957 mehr gestorben sind als 1956, waren über 1 000 65 und mehr Jahre alt. Über 200 - und zwar nur Männer - waren 45 bis 65 Jahre alt, in den übrigen Altersgruppen gab es teils geringfügige Zu-, teils Abnahmen.

Der Zunahme der Zahl der Gestorbenen entspricht eine Zunahme der Sterblichkeit der über 65 Jahre alten Personen. Sie wird durch die altersspezifischen Sterbeziffern - Gestorbene je 1 000 lebende Personen der betr. Altersgruppe - ausgedrückt. Bei den Männern stieg die Sterbeziffer von 68,9 im Jahre 1956 auf 72,5

Tab. 3 Die Gestorbenen¹ nach Geschlecht und Altersgruppen

Altersgruppen	Gestorbene insgesamt		
	absolut	Auf 1 000 Personen der betr. Altersgruppe	
		1957	dagegen 1956
männlich			
0 bis unter 1 Jahr	607	.	.
1 " " 5 Jahre	80	1,3	1,5
5 " " 10 "	52	0,6	0,7
10 " " 20 "	159	0,8	0,7
20 " " 45 "	663	2,1	2,1
45 " " 65 "	3 376	12,8	11,9
65 und mehr Jahre	8 745	72,5	68,9
insgesamt	13 682	12,9	12,4
weiblich			
0 bis unter 1 Jahr	496	.	.
1 " " 5 Jahre	72	1,2	1,3
5 " " 10 "	40	0,5	0,4
10 " " 20 "	70	0,4	0,4
20 " " 45 "	497	1,3	1,4
45 " " 65 "	2 360	7,0	7,1
65 und mehr Jahre	9 181	57,6	55,6
insgesamt	12 716	10,6	10,2

¹) ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete. Kriegsterbefälle und ohne gerichtliche Todeserklärungen



im Jahre 1957 und bei den Frauen von 55,6 auf 57,6. Diese Zunahme dürfte - wie bereits erwähnt - auf die Ende des Jahres 1957 stärker aufgetretene Zahl der Sterbefälle an Grippe, die besonders ältere Personen traf, zurückzuführen sein. Auch bei den Männern im Alter von 45 bis 65 Jahren zeigt sich ein Ansteigen der Sterbeziffer von 11,9 auf 12,8.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Bundesländern

Trotz der Zunahme der Zahl der Eheschließungen hat Schleswig-Holstein im Vergleich mit den übrigen Ländern des Bundesgebietes die niedrigste Eheschließungsziffer. Auch die Geburtenziffer lag unter der des Bundesgebietes und, mit Ausnahme der Stadtstaaten, der anderen Länder. Die Sterbeziffer war nach Hamburg und Bayern die höchste. Die Unehelichenquote lag über dem Bundesdurchschnitt, war aber niedriger als in den Ländern Bayern, Hamburg und Bremen. Die Säuglingssterblichkeit war in Schleswig-Holstein niedriger als im Bundesdurchschnitt und den Ländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Die besondere Stellung Schleswig-Holsteins hinsichtlich der relativen Zahl der Knabengeburt wurde bereits oben erwähnt.

Tab. 4

Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Bundesländern¹

Bundesländer	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung kamen			Auf 100 Lebendgeborene kamen			Auf 100 lebendgeborene Mädchen kamen ... Knaben
	Eheschliessungen	Lebendgeborene	Gestorbene (ohne Totgeborene)	unehelich Lebendgeborene	im ersten Lebensjahr	in den ersten 28 Lebens-tagen	
Schleswig-Holstein	8,2	15,0	11,7	8,7	3,3	2,2	104,3
Hamburg	9,4	11,9	12,4	8,8	3,0	2,0	106,4
Niedersachsen	8,4	16,7	11,1	6,7	3,4	2,2	107,2
Bremen	8,9	14,6	11,1	8,8	2,8	1,8	106,2
Nordrhein-Westfalen	9,2	17,1	11,0	5,1	4,1	2,8	106,9
Hessen	9,0	15,7	11,5	6,4	3,2	2,2	107,6
Rheinland-Pfalz	9,1	19,7	11,4	5,4	3,8	2,4	108,1
Baden-Württemberg	9,2	18,0	11,0	7,5	3,3	2,2	106,1
Bayern	8,9	17,3	11,8	10,5	4,0	2,6	106,5
Bundesgebiet ¹	9,0	16,9	11,3	7,1	3,7	2,4	106,8

1) ohne Saarland Quelle: Statistisches Bundesamt

Hans Klindt

Vergleiche auch: "Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1956" in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 10. Jahrgang, Heft 4, April 1958, Seite 96 ff. und "Eheschliessungen, Geborene und

Gestorbene im Jahr 1957" in Wirtschaft und Statistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 10. Jahrgang N.F., Heft 5, Mai 1958, Seite 277 ff.

Kurzberichte

Lohnstrukturvergleich der Industriearbeiter in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Die Brutto-Stundenverdienste im Durchschnitt aller Industriearbeiter hatten im Bundesgebiet immer ein höheres Niveau als in Schleswig-Holstein. 1953 lag dieser Abstand des Landes vom Bund bei 6%, 1955 bei 4% und 1957 wieder bei 6%. Dieses Ergebnis braucht nicht zu bedeuten, daß die Effektivlöhne der Industriearbeiter einzelner Branchen in Schleswig-Holstein durchweg unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Der Abstand des Landes vom Bund im Durchschnittsverdienst der gesamten Industrie kann auch durch eine unterschiedliche Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach Geschlecht und Gewerbegruppen begründet sein. Es geht also um das Problem, ob und wieweit der "Verdienstabstand" Schleswig-Holsteins außer auf effektive Lohndifferenzen noch auf Strukturunterschiede zurückzuführen ist. Zur näheren Behandlung dieser Frage werden die Ergebnisse des August 1957 zugrunde gelegt, weil dieser Monat unter den verfügbaren neueren Monaten hinsichtlich saisonaler Schwankungen in den einzelnen Branchen als ziemlich neutral gelten kann.

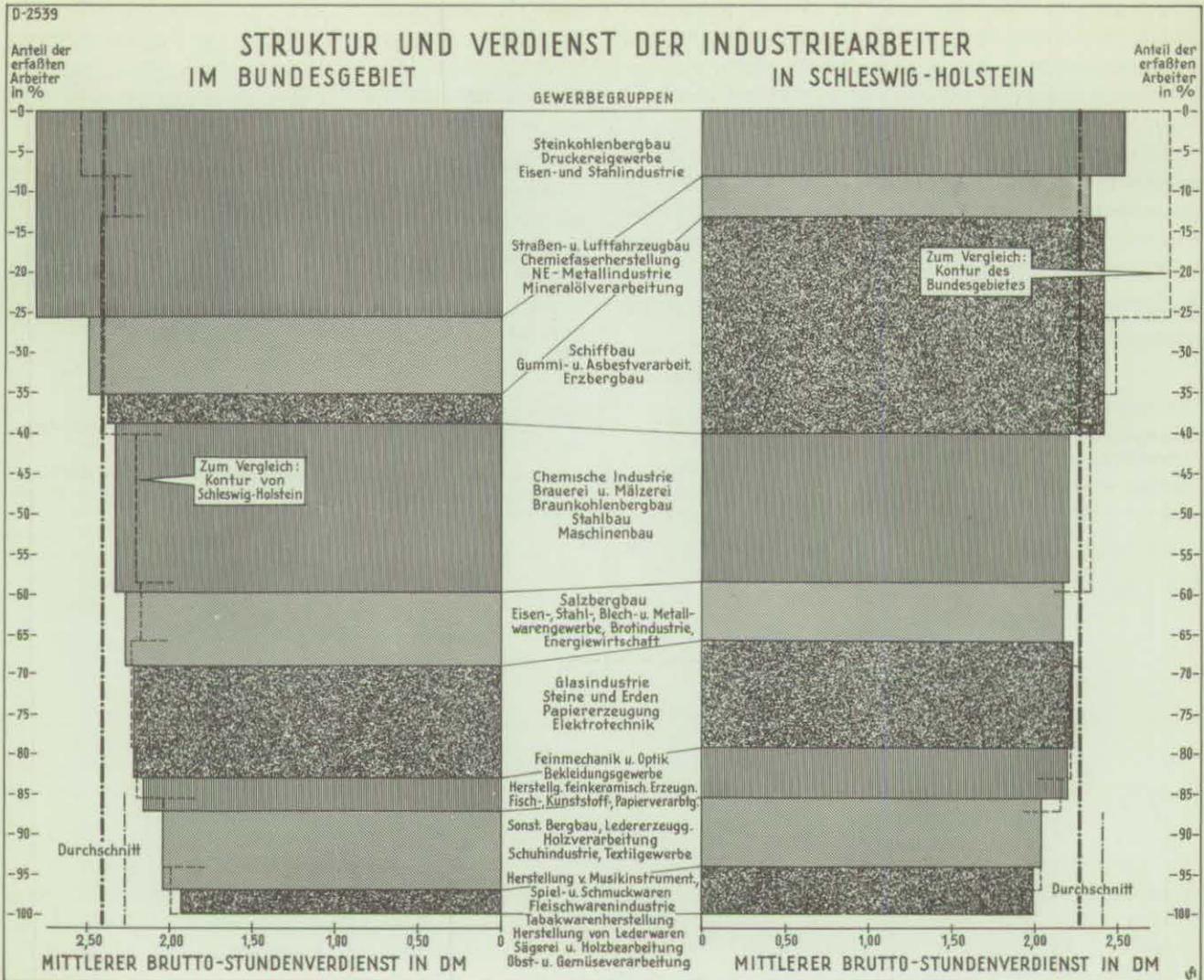
Ein übernormaler¹ Frauenanteil an der gesamten Arbeiterschaft würde wegen der relativ niedrigen Löhne der Arbeiterinnen den Stundenverdienst im Durchschnitt aller Arbeiter nach unten drücken. Diese Möglichkeit kommt aber

1) Als "normal" gelten hierbei die durchschnittlichen Verhältnisse im gesamten Bundesgebiet

als Erklärung für den "Lohnabstand" Schleswig-Holsteins vom Bund nicht in Betracht. Bund und Land haben einen gleich großen Frauenanteil, im August 1957 gut ein Fünftel, die durchschnittlichen Löhne liegen in Schleswig-Holstein für beide Geschlechter gleich weit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Lohnstruktur der Industriearbeiter weist also hinsichtlich des Geschlechts in Bund und Land keine wesentlichen Unterschiede auf. Deshalb können im folgenden die weiblichen Arbeiter aus der Betrachtung ausgeklammert werden.

Differenziert man die Verdienste der männlichen Arbeiter im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein nach Wirtschafts-Hauptbereichen, dann liegen zwar die im Bund gezahlten Stundenlöhne noch in fünf von sieben Bereichen über denen des Landes, aber es zeigen sich auch deutliche Strukturunterschiede hinsichtlich der zahlenmäßigen Besetzung der einzelnen Bereiche (Tabelle 1).

Von allen Arbeitern gehören in Schleswig-Holstein nur knapp halb so viel (17%) zu den - nach dem Bundesdurchschnitt - am meisten zahlenden Wirtschaftsbereichen (Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie) als im Bund (36%). Dagegen hat Schleswig-Holstein von den am wenigsten verdienenden Männern der Nahrungs- und Genußmittelindustrie fast den doppelten Anteil zu verzeichnen.



Tab.1 Die Struktur der männlichen Industriearbeiter nach Verdiensthöhe und Wirtschaftsbereich im August 1957

Wirtschafts-Hauptbereich	Bundesgebiet		Schleswig-Holstein	
	Brutto-Stundenverdienst in DM	Anteil der erfassten Arbeiter in %	Brutto-Stundenverdienst in DM	Anteil der erfassten Arbeiter in %
Bergbau	2,76	9	2,26	0,5
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	2,49	27	2,22	17
Baugewerbe	2,34	19	2,29	28
Investitionsgüterindustrie	2,33	27	2,33	35
Energiewirtschaft	2,25	1,9	2,18	2,4
Verbrauchsgüterindustrie	2,17	13	2,23	11
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2,12	4	2,02	7
Gesamte Industrie	2,38	100	2,26	100

Bei einer noch feineren Unterteilung nach Branchen liegen von 36 vergleichbaren Wirtschaftsgruppen in 10 die Stundenlöhne der schleswig-holsteinischen Arbeiter 5 Dpf und mehr über den entsprechenden des Bundes. In 7 Gewerbegruppen beträgt die Verdienstspanne zwischen Bund und Land weniger als 5 Dpf, und in den übrigen 19 Branchen verdienen die Arbeiter im

Bund über 5 Dpf pro Stunde mehr als ihre Kollegen in Schleswig-Holstein. Die eingangs erwähnte Vermutung, daß die schleswig-holsteinischen Arbeiter nicht durchweg schlechter bezahlt werden, bestätigt sich also, wenn auch in 19 von 36 Wirtschaftsgruppen die bundesdurchschnittlichen Stundenverdienste die des Landes zwischen 6 und 41 Dpf überragen.

In der graphischen Darstellung sind 40 Gewerbegruppen² nach der durchschnittlichen Verdiensthöhe (im Bund) geordnet und in 9 Lohnklassen zusammengefaßt. Zu den beiden oberen Klassen gehören im Bund 35% und in Schleswig-Holstein nur 13% der erfaßten Arbeiter. Dagegen entfallen auf die drei unteren Lohnklassen zusammen im Bund nur 17% im Land aber 21% der Arbeiter.

Der niedrigere durchschnittliche Industriearbeiterlohn in Schleswig-Holstein ist demnach teils durch Abstände der Effektivverdienste und teils durch ausgeprägte Unterschiede in der

2) Von der "Gesamten Industrie ohne Baugewerbe" fehlt nur die "Übrige Nahrungs- und Genussmittelindustrie", für die keine Bundesergebnisse vorliegen

gewerblichen Struktur von Bund und Land bedingt. Das Ausmaß des Einflusses des einen und des anderen Momentes kann durch einen methodischen Kunstgriff annähernd bestimmt werden. Das Verfahren besteht darin, für jede der 36 vergleichbaren Branchen³ zum Lohn im Bundesgebiet die Arbeiterzahl in Schleswig-Holstein zu notieren und mit dieser als Gewichtung einen fiktiven gewogenen Durchschnittslohn zu berechnen.

Der Brutto-Stundenlohn im Durchschnitt aller männlichen Industriearbeiter⁴ beträgt

		Differenz
im Bundesgebiet (echt)	2,40 DM	
bei Bundeslöhnen und gewerblicher Struktur Schleswig-Holsteins	2,31 DM	9 Dpf
in Schleswig-Holstein (echt)	2,27 DM	4 Dpf
		<hr/> 13 Dpf

Der "Lohnabstand" Schleswig-Holsteins vom Bundesdurchschnitt war also im August 1957 zu 3/10 durch echte Lohndifferenzen und zu 7/10 durch Unterschiede in der gewerblichen Struktur begründet.

Bei den 3/10, die auf effektive Lohnunterschiede entfallen, spielen u. a. eine Rolle ein verschiedener Grad der Mechanisierung und Automatisierung in Bund und Land, ein verschiedener Anteil von Leistungslöhnern in gewissen Branchen, verschieden viele Überstunden und schließlich auch tarifliche Unterschiede.

He.

3) Es fehlen die im Lande nicht vorhandenen 4 Bergbauzweige (Steinkohle, Braunkohle, Erz, Salz)

4) Von der "Gesamten Industrie ohne Baugewerbe" fehlt nur die "Übrige Nahrungs- und Genussmittelindustrie", für die keine Bundesergebnisse vorliegen

Zeichenerklärung

ø	bedeutet Durchschnitt	x	in einer Tabelle: Angaben aus sachlogischen Gründen nicht möglich
p	" vorläufige Zahl	-	" " " Zahlenwert genau null
r	" berichtigte Zahl	0	" " " mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
s	" geschätzte Zahl	.	" " " Zahlenwert nicht bekannt
		...	" " " Zahlenwert noch nicht bekannt

In Klammern gesetzte Zahlen in Tabellen haben eine eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Kleine Differenzen bei Additionen erklären sich durch Rundungen; allen Rechnungen liegen die ungekürzten Zahlen zugrunde. Zahlen ohne besondere Quellenangabe sind im Statistischen Landesamt erstellt.

TABELLENTEIL

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1957	1957			1958				
				Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Jul1	Aug.	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Bevölkerungsstand (Monatsende)											
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 589 ^a	2 258	2 262	2 264	2 264	2 270	2 273	
darunter											
Vertriebene ¹⁾	1000	856 ^b	637	638	638	638	640	640	
*absolut		33,1 ^a	28,2	28,2	28,2	28,2	28,2	28,2	
in % der Wohnbevölkerung											
Zugewanderte ²⁾	1000	135 ^b	139	140	140	141	143	144	
*absolut		5,2 ^a	6,2	6,2	6,2	6,2	6,3	6,3	
in % der Wohnbevölkerung											
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen ³⁾											
*absolut		2 078	1 550	3 400	965	1 319	1 844	3 867	
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		9,6 ^a	8,2	17,7	5,2	6,9	9,6	20,1	
Lebendgeborene ⁴⁾											
*absolut		3 448	2 816	2 882	2 841	2 705	2 665	2 747	
*je 1000 Einw. und 1 Jahr		16,0 ^a	15,0	15,0	15,3	14,1	13,8	14,2	
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)											
insgesamt		2 059	2 200	1 863	1 970	2 547	1 926	1 880	
*absolut		9,5 ^a	11,7	9,7	10,6	13,2	10,0	9,8	
*je 1000 Einw. und 1 Jahr											
darunter											
im ersten Lebensjahr		172	92	76	84	77	80	82	
*absolut		5,0	3,3	2,6	3,0	2,8	3,0	3,0	
*je 100 Lebendgeborene											
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben		+1 389	+ 616	+1 019	+ 871	+ 158	+ 739	+ 867	
*absolut		+ 6,4 ^a	+ 3,3	+ 5,3	+ 4,7	+ 0,8	+ 3,8	+ 4,5	
*je 1000 Einw. und 1 Jahr											
Wanderungen											
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 849	8 525	6 421	7 240	5 947	7 304	
darunter											
Vertriebene		2 173	2 060	2 411	1 899	2 201	1 782	2 001	
Zugewanderte		.	865	1 152	904	993	1 062	1 095	
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 388	6 513	5 988	7 308	5 312	5 549	
darunter											
Vertriebene		9 662	2 064	2 106	1 909	2 247	1 616	1 709	
Zugewanderte		.	546	572	577	630	625	681	
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 461	+2 012	+ 433	- 68	+ 635	+1 755	
darunter											
Vertriebene		-7 489	- 4	+ 305	- 10	- 46	+ 166	+ 292	
Zugewanderte		.	+ 319	+ 580	+ 327	+ 363	+ 437	+ 414	
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 778	9 370	8 656	11 132	7 715	8 370	
Wanderungsfälle ⁶⁾											
insgesamt		31 221 ^a	23 015	24 408	21 065	25 680	18 974	21 223	
absolut		201 ^a	177	176	160	191	139	154	
je 1000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾											
darunter											
Umsiedler		6 329 ^c	871	591	752	868	643	741	772	553	
davon nach											
Nordrhein-Westfalen		511	608	461	483	619	289	409	517	239	
Baden-Württemberg		2 602	53	30	96	66	76	48	66	35	
Rheinland-Pfalz		2 928	15	7	18	7	3	4	11	21	
Hessen		238	15	15	9	16	13	-	14	5	
Hamburg		41	178	78	146	160	262	280	164	253	
Bremen		9	2	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslage											
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	730 ⁺	.	757	.	.	.	772	.	
darunter											
*Männer	1000	429 ⁺	488 ⁺	.	505	.	.	.	518	.	
*Arbeitslose											
insgesamt	1000	210	56	33	34	33	27	25	27	31	
absolut		25,2	7,1	4,1	4,3	4,2	3,4	3,1	3,4	3,9	
je 100 Arbeitnehmer											
darunter											
*Männer	1000	146 ^d	35	18	18	17	14	12	13	15	
Vertriebene	1000	119 ^d	20	.	11	.	.	.	9	.	

* Die mit einem vorangestellten Stern (*) versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mütter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 b) am 13.9.1950 c) ohne Anrechnungsfälle d) Vertriebene und Zugewanderte

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957			1958			
		Monats-Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^e	1 094 ^e
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^e	431 ^e
*Schweine	1000	1 031 ^e	1 298 ^e	.	1 373	.	.	.	1 304	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^e	135 ^e	.	138	.	.	.	130	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^e	85 ^e	.	84	.	.	.	80	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	15	21	30	12	13	17	...
*Kälber	1000 St	14	7	2	3	7	3	2	3	...
*Schweine	1000 St	45	77	58	62	67	66	64	70	...
darunter										
*Hausschlachtungen ^{g)}	1000 St	18 ^f	15 ^{g)}	1	2	6	1	1	1	...
*Gesamtschlachtgewicht (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,2	8,7	10,7	13,1	8,7	8,5	10,0	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,1	3,2	4,8	7,0	2,6	2,7	3,8	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,6	5,2	5,5	5,6	5,7	5,5	5,9	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	226	215	230	237	213	210	216	...
*Kälber	kg	26	43	61	50	35	60	63	56	...
*Schweine	kg	98	91	91	91	92	88	87	86	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	138	142	107	95	164	139	108	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,6	10,6	8,3	7,1	12,3	10,4	8,4	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	87	89	87	84	91	90	88	...
INDUSTRIE ¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	171	172	172	166	166	165	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	137	143	144	144	138	138	137	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 484	25 764	26 607	26 853	23 708	24 428	25 648	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	20,4	48,4	53,6	52,0	52,6	55,5	53,9	54,4	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	5,6	14,5	14,4	14,6	14,7	16,2	16,2	16,3	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	79	75	82	94	69	67	71	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 805	13 146	12 726	12 997	13 049	12 537	12 292	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	27	27	30	27	33	33	33	...
*Stromverbrauch	Mio kWh	30	66	68	71	76	72	73	74	...
*Stromerzeugung (netto) der industriellen Eigenanlagen	Mio kWh	11	20	19	21	24	20	20	20	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mio DM	201	447	479	466	508	487	469	539	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mio DM	10	64	90	69	64	80	64	92	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^{h)}	213	219	229	225	207	220	235	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	581	569	590	606	599	592	579	...
Industrie der Steine und Erden		111	181	215	211	200	246	r 244	246	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	158	178	183	185	155	152	158	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	126	128	147	141	77	107	118	...
Mineralölverarbeitung		117	598	691	654	591	650	r 755	881	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	633	602	650	599	r 672	r 702	746	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	132	147	135	127	109	111	99	...
papierherzeugenden Industrie		102	245	225	261	246	253	264	264	...
Schiffbaues		126	260	281	297	270	r 262	r 282	332	...
Maschinenbaues		134	274	281	294	281	r 245	r 228	239	...
elektrotechnischen Industrie		144	363	411	479	359	r 369	r 391	478	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	527	558	420	566	497	514	705	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	159	163	179	162	157	168	173	...
ledererzeugenden Industrie		97	130	128	127	120	95	104	116	...
Schuhindustrie		102	210	181	213	209	134	183	214	...
Textilindustrie		118	215	201	228	235	164	183	198	...
Bekleidungsindustrie		115	147	150	164	r 166	106	r 130	133	...
Fleischwarenindustrie		137	186	188	185	189	157	164	176	...
fischverarbeitenden Industrie		143	186	239	268	237	151	r 232	251	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	117	113	85	73	136	r 113	89	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	212	225	228	209	215	221	232	...
Bauproduktion		92	167	183	195	184	214	218	224	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren e) Dezember f) Ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 g) Ø Winterhalbjahr 1957/58 = 28 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957			1958			
				Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mio kWh	66	106	116	108	112	96	108	116	...
*Stromverbrauch 15)	Mio kWh	70	129	128	133	143	131	138
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mio cbm	11	16	17	16	17	15	16	17	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	52 106	59 388	58 893	59 355	64 651	63 831	63 874	...
*Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000	6 800	8 742	10 170	10 031	10 202	11 555	11 209	11 322	...
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 096	4 597	4 656	4 602	5 056	4 882	5 005	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	8,5	19,3	23,1	22,6	23,2	28,3	27,8	28,6	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mio DM	0,5	1,2	1,2	1,2	1,3	1,4	1,4	1,5	...
*Umsatz	Mio DM	24,3	58,0	68,6	62,7	70,4	82,4	83,6	86,7	...
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	873	1 148	1 049	821	1 041	1 237	1 059	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	404	531	439	415	479	548	530	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude darunter	Mio DM	22,2	48,1	62,6	46,1	50,9	64,8	80,1	73,0	...
für Wohngebäude	Mio DM	16,9	35,1	46,9	38,3	36,3	48,3	56,2	55,9	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile) darunter	1000 cbm	757	915	1 247	868	1 168	1 185	1 337	1 331	...
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	618	826	654	768	781	914	916	...
*Wohnungen 20) darunter		2 306	1 950	2 453	2 049	1 798	2 410	2 826	2 588	...
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 738	2 197	1 852	1 601	2 184	2 536	2 377	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	1 819	1 703	1 862	2 110	961	1 338	1 395	...
Wohnräume 22)		4 926	6 626	6 068	6 710	7 817	3 584	5 249	5 223	...
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze										
*insgesamt	1957=100	.	.	104	92	101	112	106	98	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	108	94	99	110	111	101	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	84	82	105	104	82	78	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	99	96	111	109	100	105	...
*Sonstige Waren		.	.	106	96	100	119	114	110	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM 23)	824	312	256	206	288	290	309	287	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 279	1 581	2 195	1 774	1 393	833	1 981	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	6 640	5 593	5 882	8 133	8 977	7 014	7 999	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 040	31 673	31 214	33 216	24 776	28 141	28 463	...
Ausfuhr nach Warengruppen 24)										
*insgesamt	Mio DM	7,2	64,6	82,2	67,1	60,5	68,4	66,2	94,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mio DM	0,7	4,4	3,5	4,4	4,7	5,2	4,3	4,8	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mio DM	6,5	60,3	78,7	62,6	55,7	63,2	61,9	89,8	...
davon										
*Rohstoffe	Mio DM	0,2	1,7	1,4	1,7	2,3	2,1	2,1	2,0	...
*Halbwaren	Mio DM	2,3	5,2	5,3	4,9	4,9	6,4	5,7	4,6	...
*Fertigwaren	Mio DM	4,0	53,3	72,0	56,0	48,5	54,7	54,0	83,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mio DM	0,5	2,9	2,5	2,9	3,2	2,2	2,8	3,2	...
*Enderzeugnisse	Mio DM	3,5	50,4	69,5	53,1	45,3	52,5	51,2	80,1	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 24)										
Norwegen	Mio DM	0,3	5,6	15,9	0,7	1,3	16,3	24,7	39,2	...
Schweden	Mio DM	0,6	3,9	4,5	3,0	3,3	1,9	4,7	9,9	...
Türkei	Mio DM	0,2	0,4	1,8	0,9	0,2	0,3	0,0	9,4	...
UdSSR	Mio DM	-	2,5	0,6	0,2	0,6	9,6	2,7	3,9	...
Dänemark	Mio DM	0,8	4,0	3,5	3,1	3,9	2,7	3,3	3,1	...
Niederlande	Mio DM	0,6	7,9	4,3	15,3	5,2	3,5	5,4	2,8	...
Großbritannien	Mio DM	0,1	2,4	1,4	1,1	1,9	2,7	1,6	2,7	...
Schweiz	Mio DM	0,3	2,0	2,1	2,0	1,9	2,2	2,0	2,4	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt 25)										
Güterempfang	1000 t	141	p 354	448	476	388	483	538
Güterversand	1000 t	86	p 102	118	110	94	105	133
Binnenschifffahrt 24)										
*Güterempfang	1000 t	.	118	139	109	129	148	135	112	...
*Güterversand	1000 t	.	148	191	179	165	226	245	246	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) früher VE = Verrechnungseinheiten, 1 VE = 1 DM-West 24) 1958 = vorläufige Zahlen 25) Monatsangaben 1957/58 = vorläufige Zahlen

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957			1958				
				Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
noch: VERKEHR											
Nord-Ostsee-Kanal ²⁶⁾											
Schiffsverkehr											
Schiffe		3 939	5 549	6 552	6 214	6 070	6 584	6 719	6 722	...	
darunter											
deutsche	%	64,0	62,5	63,7	64,0	62,2	62,7	66,1	67,2	...	
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 764	3 085	2 906	3 081	3 142	3 156	3 065	...	
darunter											
deutscher Anteil	%	23,3	30,3	34,3	32,2	31,1	31,3	32,9	33,7	...	
Güterverkehr											
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 946	4 294	4 253	4 436	4 392	4 557	4 370	...	
darunter											
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,5	35,8	33,0	33,1	32,5	35,7	33,8	...	
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 029	1 967	2 046	2 170	1 979	2 145	2 067	...	
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 917	2 327	2 208	2 265	2 412	2 411	2 304	...	
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
*insgesamt		1 244	2 753	2 812	2 421	2 822	3 498	3 063	3 182	...	
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	370	400	220	147	352	244	142	...	
*Personenkraftwagen		398	1 648	1 583	1 416	1 854	2 193	1 960	2 043	...	
*Kombinationskraftwagen		.	115	90	89	82	188	131	158	...	
*Lastkraftwagen		247	249	247	256	250	334	239	330	...	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle insgesamt		826	2 189	2 973	2 255	2 267	3 154	3 203	p3 033	p2 824	
davon											
*mit Personenschaden ²⁷⁾		417	873	1 189	864	851	1 217	1 239	p1 243	p1 087	
nur mit Sachschaden		409	1 316	1 784	1 391	1 416	1 937	1 964	p1 790	p1 737	
*Getötete Personen ²⁸⁾		17	35	45	31	25	39	49	p 46	p 48	
*Verletzte Personen		493	1 079	1 472	1 051	1 062	1 555	1 567	p1 531	p1 291	
Fremdenverkehr ²⁹⁾											
*Fremdenmeldungen	1000	44 ¹⁾	106 ¹⁾	250	105	70	287	251	120	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	2 ¹⁾	15 ¹⁾	35	17	8	50	33	16	...	
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ¹⁾	624 ¹⁾	2 227	576	236	2 396	2 279	725	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	5 ¹⁾	33 ¹⁾	89	32	13	134	84	34	...	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ³⁰⁾											
*Kredite an Nichtbanken	Mio DM	741 ^{j)}	2 675 ^{j)}	2 583	2 604	2 612	2 922	2 971	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mio DM	441 ^{j)}	860 ^{j)}	884	866	858	909	920	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	428 ^{j)}	852 ^{j)}	880	862	853	904	905	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mio DM	299 ^{j)}	1 815 ^{j)}	1 699	1 737	1 754	2 013	2 051	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mio DM	263 ^{j)}	1 577 ^{j)}	1 477	1 509	1 521	1 735	1 771	
*Einlagen von Nichtbanken ³⁰⁾	Mio DM	408 ^{j)}	1 831 ^{j)}	1 749	1 783	1 799	1 956	2 002	
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mio DM	277 ^{j)}	959 ^{j)}	949	970	972	974	1 004	
darunter											
*von Wirtschaft und Privaten	Mio DM	231 ^{j)}	819 ^{j)}	806	833	840	804	827	
*Spareinlagen am Monatsende	Mio DM	131 ^{j)}	871 ^{j)}	800	813	826	982	998	
darunter											
*bei Sparkassen	Mio DM	94 ^{j)}	573 ^{j)}	529	537	546	647	658	669	...	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mio DM	9	48	42	40	44	51	49	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mio DM	7	34	28	27	30	39	33	
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	12	10	10	16	13	14	5	...	
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	6	2	4	3	1	-	...	
Wechselproteste	Anzahl Wert	682 517	829 622	771 1 011	695 470	818 611	675 484	578 340	
STEUERN³¹⁾											
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	75 755	76 359	82 646	79 826	81 378	79 852	83 073	84 084	
davon											
*Umsatzsteuer einschl. Umsatz- ausgleichsteuer	1000 DM	14 580	28 594	30 148	30 705	30 492	28 081	32 238	31 284	31 345	
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	944	1 037	1 055	1 080	1 268	1 198	1 112	1 192	
*Zölle	1000 DM	1 381	6 778	6 378	5 516	7 324	8 025	6 816	6 614	8 520	
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	38 800	38 501	44 085	40 927	43 810	39 178	42 710	42 816	
darunter											
*Tabaksteuer ³²⁾	1000 DM	22 295	31 437	32 397	37 203	32 913	35 425	31 401	34 951	33 093	
*Notopfer Berlin ³²⁾	1000 DM	951	639	294	1 285	3	194	422	1 353	211	
außerdem											
*Lastenausgleichsabgaben ³³⁾	1000 DM	5 569	5 341	8 564	1 501	4 022	2 842	8 980	1 873	...	

26) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 27) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden 28) seit 1953
 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 29) ab Juli 1958 = vorläufige Zahlen
 30) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 31) Rechnungsjahr 32) ohne Abgabe auf Postsendungen
 33) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben 1) 1950 (1. Vierteljahr geschätzt): Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden, für das
 Sommerhalbjahr Mts.-Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1957: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden,
 für das Sommerhalbjahr 1957 Mts.-Ø 159 000 Fremdenmeldungen mit 1 084 000 Übernachtungen j) Stand: 31.12.

noch: a) Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1957	1957			1958			
				Monats-Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.
noch: STEUERN										
* Landessteuern ³⁴⁾	1000 DM	14 273	38 025	29 408	58 149	24 463	34 537	31 785	71 289	37 833
darunter										
* Lohnsteuer	1000 DM	3 467	12 285	16 136	12 777	14 689	21 582	18 551	17 940	19 797
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	13 535	4 051	28 366	4 081	4 772	3 797	33 359	7 639
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	382	224	173	204	1 185	393	151	141
* Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	4 984	1 086	11 022	- 6	606	372	12 705	3 227
* Vermögensteuer	1000 DM	268	1 328	2 673	555	438	254	2 950	588	535
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 170	2 939	3 060	3 160	3 623	3 238	3 657	3 561
* Biersteuer	1000 DM	248	396	532	554	498	473	484	537	507
Gemeindesteuern										
* Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	49 441 ⁺	.	48 066 ^k	.	.	.	49 689 ^k	.
davon										
* Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 645 ⁺	.	6 887 ^k	.	.	.	6 844 ^k	.
* Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 303 ⁺	.	11 344 ^k	.	.	.	11 458 ^k	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	27 674 ⁺	.	25 950 ^k	.	.	.	27 191 ^k	.
* Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	3 820 ⁺	.	3 885 ^k	.	.	.	4 196 ^k	.
* Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 495 ⁺	.	5 539 ^k	.	.	.	6 025 ^k	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	106	104	104	103	101	100	100	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	133	132	133	131	131	130	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte	1950=100	100	124	124	124	124	125	125	125	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51 =100	100 ^m	132 ⁿ	134	133	130	131	p 128	p 125	...
Wohnungsbaupreise	1936=100	191	267	270	.	.	.	268	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51 =100	100 ^m	123 ⁿ	121	121	121	124	124	p 125	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	109	110	110	110	112	111	111	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁵⁾	1950=100	100	115	116	116	117	120	119	118	118
darunter										
Ernährung		100	122	123	122	124	126	124	124	123
Wohnung		100	119	119	119	119	120	120	120	121
Heizung und Beleuchtung		100	136	136	136	138	143	143	144	145
Bekleidung		100	101	102	102	103	105	105	105	104
Hausrat		100	110	110	110	110	112	112	112	112
LOHNE UND GEHÄLTER										
Löhne der Industriearbeiter³⁶⁾										
Durchschnittliche Brutto-Wochenverdienste										
*Männer	DM	64,16	107,20	109,46	.	.	.	119,71	.	.
darunter										
* Facharbeiter (Leistungsgruppe 1)	DM	68,90	114,18	116,58	.	.	.	128,25	.	.
* Frauen	DM	37,09	62,00	62,43	.	.	.	67,43	.	.
Durchschnittliche Brutto-Stundenverdienste										
*Männer	Pf	130,4	223,4	226,4	.	.	.	245,8	.	.
darunter										
* Facharbeiter (Leistungsgruppe 1)	Pf	139,8	237,3	240,4	.	.	.	261,8	.	.
* Frauen	Pf	80,8	138,1	140,1	.	.	.	154,3	.	.
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit (geleistete) ³⁷⁾										
*Männer	Std	49,2	45,8	44,5	.	.	.	45,0	.	.
* Frauen	Std	45,9	43,5	42,3	.	.	.	41,3	.	.
Gehälter der Angestellten³⁶⁾										
Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste										
in Industrie und Baugewerbe										
männliche kaufmännische Angestellte	DM	.	556	560	.	.	.	595	.	.
männliche technische Angestellte	DM	.	651	654	.	.	.	701	.	.
weibliche kaufmännische Angestellte	DM	.	360	360	.	.	.	385	.	.
im Handel, Geld- und Versicherungswesen										
männliche kaufmännische Angestellte	DM	.	503	501	.	.	.	541	.	.
weibliche kaufmännische Angestellte	DM	.	306	308	.	.	.	335	.	.

+) = Vierteljahresdurchschnitt

34) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer

35) 4-Personen-Arbeitnehmer-

36) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleich-

37) 1950 = bezahlte Wochenarbeitszeit k) 1. 7. - 30. 9.

m) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) n) Wirtschaftsjahr 1957/58 (Juli - Juni)

b) Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 589	2 506	2 437	2 365	2 304	2 271	2 253	2 258
darunter										
Vertriebene ³⁾										
absolut	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			35,2	33,5	30,9	29,5	28,4	27,8	27,7	28,2
Zugewanderte ⁴⁾										
absolut	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30.9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757
darunter in den Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft	30.9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30.9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346
Handel und Verkehr	30.9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163
Arbeitslose										
insgesamt										
absolut	30.9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34
je 100 Arbeitnehmer	30.9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3
darunter										
Dauerarbeitslose ⁶⁾	30.9.	1000	58	72	58	44	35 ^a	16 ^a	17 ^a	9 ^a
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR										
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ⁷⁾⁸⁾										
absolut	1.5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317
je 1 000 Einwohner	1.5.		177	172	165	160	154	151	145	141
VOLKSEINKOMMEN										
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾										
absolut	JS	Mio DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5 454
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2 415
INDUSTRIE¹⁰⁾										
Beschäftigte										
absolut	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mio DM	245	301	334	378	424	488	534	581
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mio DM	68	80	92	103	117	134	156	174
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mio DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363
darunter										
Auslandsumsatz	JS	Mio DM	115	258	322	363	551	581	627	766
Index der industriellen Produktion										
einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	213
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾										
absolut	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2
Wohnräume ¹³⁾										
absolut	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3
HANDEL										
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1956=100	100	110
Ausfuhr nach Warengruppen										
absolut	JS	Mio DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,4
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2
VERKEHR										
Kraftfahrzeugbestand										
Kraftfahrzeuge insgesamt	1.7.	1000	66 ^b	88 ^b	112	139	167	188	204	225
darunter										
Krafträder	1.7.	1000	22 ^b	31 ^b	41	52	63	70	72	73
Pkw ¹⁴⁾	1.7.	1000	20 ^b	27 ^b	34	42	54	65	75	92
Lkw	1.7.	1000	16 ^b	19 ^b	23	26	28	28	27	28
STEUERN										
Bundessteuern										
absolut	Rj.(JS)	Mio DM	536	617	682	647	645	775	864	909
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380	403
Landessteuern ¹⁵⁾										
absolut	"	Mio DM	171	251	329	345	366	347	414	456
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202
Gemeindesteuern										
absolut	"	Mio DM	119	140	158	170	183	192	209	220
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	97

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952 wie Anmerkung 1, Tab. a 4) 1950 und 1951 Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tab. a 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Alfa Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15.5. 8) ohne Minderheitsschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1957: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer
a) Stand: 31. August b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

c) Kreiszahlen

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 31. 8. 1958					Arbeitslose am 30. 9. 1958			Industrie ³⁾	
	ins-gesamt	darunter		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		ins-gesamt	davon		Beschäftigte am 30. 9. 1958	Umsatz ⁴⁾ in Mio DM im Sept. 1958
		Vertriebene ²⁾		1939	1950		männlich	weiblich		
		absolut	in %							
Flensburg	95 206	23 332	24,5	+ 34,3	- 7,4	1 802	806	996	7 451	23,7
Kiel	264 519	56 625	21,4	- 3,8	+ 3,4	4 859	1 939	2 920	33 395	104,3
Lübeck	230 622	74 316	32,2	+ 49,0	- 3,2	3 716	1 913	1 803	35 420	85,9
Neumünster	72 783	20 612	28,3	+ 34,5	- 0,9	1 764	659	1 105	11 682	21,8
Eckernförde	66 610	21 098	31,7	+ 55,6	- 23,1	953	538	415	1 349	2,7
Eiderstedt	19 400	3 696	19,1	+ 28,2	- 25,9	161	134	27	396	1,7
Eutin	89 293	31 341	35,1	+ 73,4	- 16,7	1 008	512	496	3 689	11,5
Flensburg-Land	62 786	14 223	22,7	+ 40,5	- 20,4	664	349	315	746	1,5
Hzgt. Lauenburg	130 168	46 156	35,5	+ 78,8	- 13,3	2 040	1 300	740	9 089	16,6
Husum	61 247	11 356	18,5	+ 29,0	- 21,9	492	233	259	876	2,2
Norderdithmarschen	58 213	14 810	25,4	+ 31,3	- 24,9	384	176	208	928	2,1
Oldenburg (Holstein)	77 733	23 393	30,1	+ 46,8	- 21,9	1 337	712	625	1 105	4,9
Pinneberg	202 801	64 099	31,6	+ 82,0	+ 1,5	1 413	626	787	18 558	61,3
Plön	107 609	29 963	27,8	+ 59,6	- 13,4	1 143	600	543	1 814	6,2
Rendsburg	154 061	42 950	27,9	+ 56,8	- 16,2	1 763	706	1 057	9 611	25,7
Schleswig	97 456	22 359	22,9	+ 25,6	- 23,7	893	468	425	3 942	28,7
Segeberg	91 382	28 948	31,7	+ 70,1	- 17,9	814	431	383	4 138	11,7
Steinburg	122 892	36 394	29,6	+ 42,7	- 21,2	948	488	460	8 752	30,6
Stormarn	135 042	45 438	33,6	+ 98,9	- 7,8	813	359	454	6 695	67,0
Süderdithmarschen	72 928	17 710	24,3	+ 35,1	- 25,8	307	214	93	4 665	25,8
Südtondern	59 761	11 401	19,1	+ 29,2	- 16,9	160	82	78	1 188	3,5
Schleswig-Holstein	2 272 512	640 220	28,2	+ 43,0	- 12,4	27 434	13 245	14 189	165 489	539,3

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 3. Vierteljahr 1958						Baufertigstellungen vom 1.1. bis 30.9.1958	
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden		Wohnungen		Normalwohnungen	Normalwohn-räume ⁵⁾
	ins-gesamt	darunter	ins-gesamt	darunter	ins-gesamt	darunter		
		für Wohngebäude		in Wohngebäuden		in ganzen Wohngebäuden		
1 000 DM		1 000 cbm						
Flensburg	7 493	6 202	121	99	249	242	478	1 620
Kiel	44 214	28 123	656	447	1 446	1 402	929	3 522
Lübeck	21 993	16 072	409	258	876	838	594	2 277
Neumünster	4 469	3 515	78	57	203	173	92	357
Eckernförde	4 885	3 934	85	64	191	169	255	1 007
Eiderstedt	2 326	1 127	37	17	60	54	46	195
Eutin	7 060	5 954	128	99	280	256	214	909
Flensburg-Land	4 605	3 413	106	73	164	149	104	399
Hzgt. Lauenburg	11 984	6 751	215	110	360	322	393	1 561
Husum	3 196	2 545	69	53	114	97	128	496
Norderdithmarschen	3 837	2 832	74	49	130	115	163	631
Oldenburg (Holstein)	6 760	5 068	124	84	232	212	278	1 181
Pinneberg	25 863	20 579	409	301	939	833	1 113	4 182
Plön	14 214	12 234	287	210	579	522	385	1 440
Rendsburg	9 179	7 511	186	130	381	313	567	2 319
Schleswig	5 972	3 481	129	59	181	146	161	647
Segeberg	6 663	4 881	140	91	234	205	242	954
Steinburg	8 645	6 753	164	103	295	275	297	1 213
Stormarn	15 199	12 880	256	200	605	524	350	1 276
Süderdithmarschen	3 477	1 657	68	28	92	63	178	669
Südtondern	5 864	4 774	111	80	213	187	185	752
Schleswig-Holstein	217 898	160 286	3 852	2 612	7 824	7 097	7 152	27 607

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

Bezeichnung	Zeit — Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württg.	Bayern
Bevölkerung											
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹											
in 1000	30.6.1958	51 119	2 269	1 797	6 503	670	15 320	4 623	3 335	7 367	9 235
darunter											
Vertriebene ²											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18,1	26,2	13,6	25,6	15,1	15,7	18,5	8,7	17,8	19,1
Zugewanderte ³											
in % der jew. Wohnbevölkerung	"	6,1	6,3	8,5	7,2	7,4	6,8	7,1	4,4	5,8	3,6
Veränderung in %											
30.6.1958 gegenüber VZ 1939	"	+ 30,0	+ 42,8	+ 5,0	+ 43,3	+ 19,0	+ 28,4	+ 32,9	+ 12,7	+ 34,5	+ 30,4
30.6.1958 " VZ 1950 ⁴	"	+ 8,6	- 12,1	+ 14,5	- 3,7	+ 22,6	+ 18,0	+ 8,6	+ 13,2	+ 16,4	+ 1,3
Bevölkerungsdichte ⁵ , Einwohner je qkm	"	208	145	2 404	137	1 660	451	219	168	206	131
Arbeit											
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶											
in 1000	30.6.1958	19 201	770	772	2 359	276	6 283	1 669	1 061	2 822	3 189
Arbeitslose											
in 1000	30.9.1958	328	27	13	57	9	83	26	15	18	78
je 100 Arbeitnehmer ⁷	"	1,7	3,4	1,6	2,3	3,1	1,3	1,6	1,4	0,6	2,4
Arbeitslose Vertriebene											
in % aller Arbeitslosen des betr.-Landes	"	19,5	33,5	7,4	26,1	8,5	10,6	20,5	11,1	24,3	22,8
Volkseinkommen											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁸											
absolut in Mio DM	1956	149 627	4 952	8 337	16 304	2 704	51 584	13 034	7 558	21 900	23 255
	1957 ⁹	161 335	5 454	9 022	17 740	2 928	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017
je Einwohner in DM	1956	3 005	2 198	4 780	2 516	4 270	3 501	2 888	2 328	3 088	2 554
	1957 ⁹	3 196	2 415	5 087	2 735	4 471	3 699	3 041	2 498	3 235	2 732
Landwirtschaft											
Getreideernte ¹⁰											
in dz je ha	1958	26,6	25,8	25,1	27,6	26,2	28,2	27,5	27,6	26,3	24,9
in 1000 t	"	13 070	1 045	15	2 793	7	2 161	1 121	997	1 485	3 446
Erzeugung von Kuhmilch ⁹											
in 1000 t	Sept. 1958	1 433	108	2	290	2	218	96	68	198	451
in kg je Kuh und Tag	"	8,6	8,4	9,7	10,1	9,7	9,4	8,1	6,8	7,7	8,3
Industrie											
Beschäftigte ¹¹											
in 1000	31.8.1958	7 324	166	226	657	106	2 817	602	341	1 320	1 090
je 1000 Einwohner	"	143	73	126	101	158	184	130	102	179	118
Umsatz ¹¹											
insgesamt in Mio DM	Aug. 1958	16 695	469	896	1 751	306	6 419	1 259	840	2 662	2 093
darunter											
Auslandsumsatz in Mio DM	"	2 479	64	107	280	51	950	220	128	403	276
Produktionsindex ¹² (arbeitsstgl.; 1950=100)	"	p 198	220	194	p 212	.	.	.	p 228	201	p 200
Bauwirtschaft⁹ 13 und Wohnungswesen											
Beschäftigte											
in 1000	31.8.1958	1 358	64	45	180	22	426	114	76	194	236
je 1000 Einwohner	"	27	28	25	28	33	28	25	23	26	26
Geleistete Arbeitsstunden											
insgesamt in Mio	Aug. 1958	230	11	8	31	4	71	19	13	32	40
je Einwohner	"	4	5	5	5	6	5	4	4	4	4
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁴											
absolut	Aug. 1958	54 453	2 826	1 986	5 912	1 100	18 924	4 216	3 336	7 392	8 761
je 10 000 Einwohner	"	10,7	12,5	11,1	9,1	16,4	12,4	9,1	10,0	10,0	9,5
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen)											
absolut	"	36 549	1 338	1 555	4 490	1 259	12 180	1 852	1 665	6 653	5 557
je 10 000 Einwohner	"	7,1	5,9	8,7	6,9	18,8	8,0	4,0	5,0	9,0	6,0
Ausfuhr											
Ausfuhr insgesamt in Mio DM ⁹	Aug. 1958	2 940 ^a	66	113	281	42	1 138	257	149	450	295
Verkehr											
Strassenverkehrsunfälle											
insgesamt	2.Vj. 1958	169 691	6 959	9 746	19 067	3 049	52 095	17 267	10 278	23 762	27 498
je 10 000 Einwohner	"	33	31	54	29	45	34	37	31	32	30
Getötete Personen											
absolut	"	2 882	111	49	413	20	863	235	218	431	542
je 1000 Unfälle	"	17	16	5	22	7	17	14	21	18	20
Steuern											
Steueraufkommen je Einwohner in DM											
Landessteuern ¹⁵	1.R.vj. 1958	89	52	178	68	117	102	108	60	93	71
Bundessteuern ¹⁶	"	102	102	390	75	245	105	72	90	89	71
Gemeindesteuern	"	32	23	47	28	46	39	30	23	33	24
Geld und Kredit											
Bestand an Spareinlagen											
je Einwohner in DM	31.8.1958	614	440	892	548	708	633	561	514	614	562
Fürsorge											
Öffentliche Fürsorge ¹⁷											
Aufwand je Einwohner in DM	4.R.vj. 1957	6,86	8,56	11,70	6,04	11,20	8,19	6,35	5,36	5,65	5,34
Lfd. unterstützte Personen d. offenen Fürs.											
je 1000 Einwohner	31.3.1958	16,5	27,0	15,4	17,0	22,6	17,8	17,5	13,0	13,2	14,4
Tbc-Hilfe											
Aufwand je Einwohner in DM	4.R.vj. 1957	0,79	0,95	0,90	0,71	1,09	1,04	0,69	0,63	0,75	0,48
Lfd. unterstützte Pers. je 1000 Einw.	31.3.1958	1,9	1,7	2,7	2,4	3,9	2,2	1,5	1,9	2,0	1,1

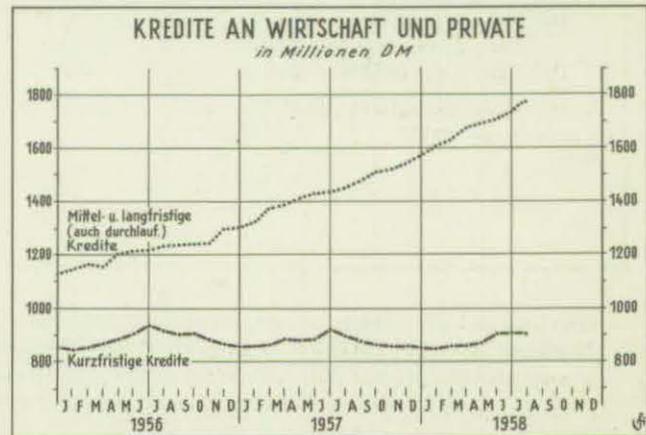
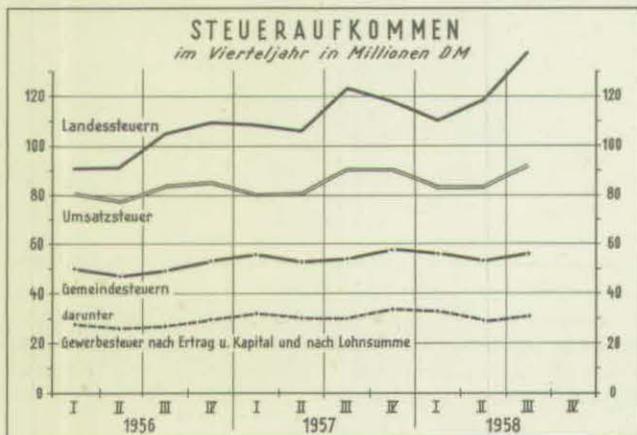
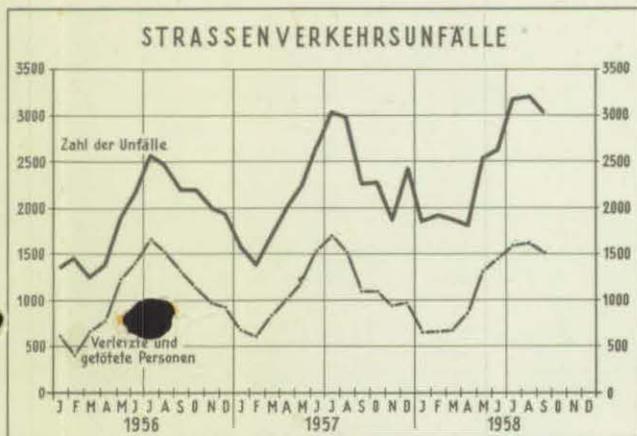
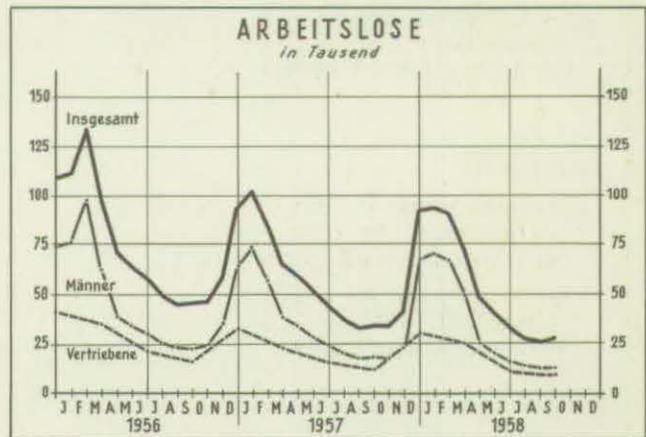
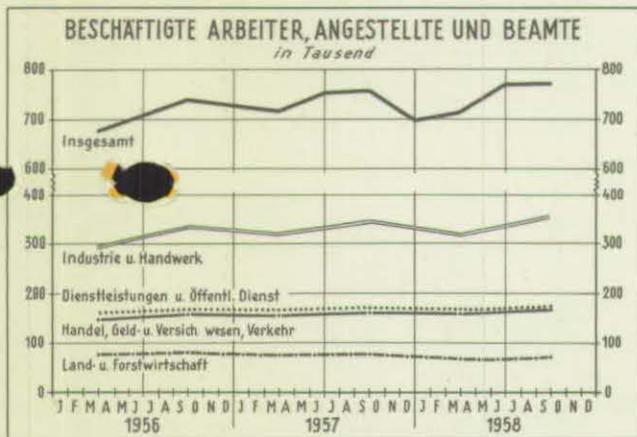
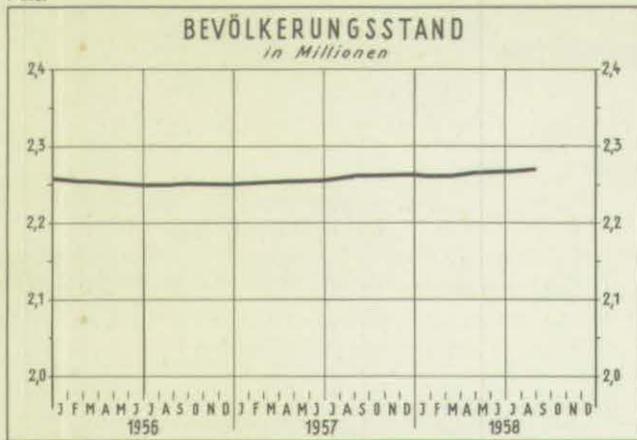
*) ohne Saarland und Berlin (West)

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) berechnet auf die rückwirkend berichtete Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 5) Gebietsstand: 31.12.1957 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte 7) Beschäftigte und Arbeitslose 8) Von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 9) vorläufige Zahlen 10) ohne Körnermais 11) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 12) Gesamtindex (ohne Bau) 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 14) in baupolitisch genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 15) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35 % im Rechnungsjahr 1958) 16) einschl. Notopfer Berlin 17) ohne "Sonstige Leistungen"

a) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmontat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A*

D-2521



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Index der industriellen Produktion; Industriebeschäftigte; Industrieumsatz, dar. Auslandsumsatz; Arbeitsverdienste; Beschäftigtenzahl und Produktionsindex für Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie.

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Heft 1/1958

- Vorausberechnung 6 – Vorausberechnungen wirtschaftlich relevanter Grössen – Teil 1 –
- Die Struktur des Wohnungsbedarfs in Schleswig-Holstein
- Studierende an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel
- Die Konsumgenossenschaften 1954 – 1956
- Die Beherbergungskapazität in den Fremdenverkehrsarten
- Der Anbau auf dem Ackerland 1957

Heft 2/1958

- Die Getreideernte und ihre Verwertung 1956/57
- Die Entwicklung der Nutztviehhaltung
- Der Gütertransport auf Kraftfahrzeugen 1954
- Die Verschuldung der öffentlichen Hand – Stand: 31.3.1957 –
- Die klassifizierten Strassen

Heft 3/1958

- Die allgemeinbildenden Schulen 1953 bis 1957
- Die Umsätze im Jahre 1956 und ihre Entwicklung
- Die Milchwirtschaft Schleswig-Holsteins im Jahre 1957
- Die Wanderungsbewegung in Schleswig-Holstein in den Jahren 1954 – 1956
- Anbau von Zwischenfrüchten und Futterpflanzen zur Samengewinnung
- Die Spargelder bei den schleswig-holsteinischen Sparkassen 1950 – 1956
- Anhaltende Baukonjunktur in Schleswig-Holstein
- Die Streiks im Jahre 1957

Heft 4/1958

- Die Bundestagswahl am 15.9.1957 in Schleswig-Holstein – Teil II –
- Die Strassenverkehrsunfälle im Jahre 1956
- Der Normalwohnungsbestand in Schleswig-Holstein
- Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1956
- Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1957

Heft 5/1958

- Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt 1951 – 1957
- Ergebnisse der Handwerkszählung 1956
- Die Holzindustrien in Schleswig-Holstein 1950 – 1956
- Die Verdienste der Landarbeiter in Schleswig-Holstein
- Ansteckende Krankheiten in den Jahren 1956 und 1957
- Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1957

Heft 6/1958

- Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1957
- Die Bauwirtschaft im Jahre 1957
- Lebensalter und Krankenhausaufenthalt
- Vorausberechnung 7 – Wieviele Krankenhauspatienten wird Schleswig-Holstein 1965 haben?
- Die pensionierten Landesbeamten

Heft 7/1958

- Die Kreditversorgung und die Einlagen im Jahre 1957
- Die Eierwirtschaft Schleswig-Holsteins 1957
- Das Steueraufkommen im Rechnungsjahr 1957
- Der Verkehr durch den Nord-Ostsee-Kanal 1957
- Die Löhne im Handwerk

Heft 8/1958

- Der Preisindex für den Wohnungsbau 1957
- Die Verdienste der Angestellten in Industrie, Handel und Baugewerbe im Jahre 1957
- Die Einzelhandelsumsätze 1957
- Die Entwicklung der Nutztviehhaltung – Teil 2 –
- Umsiedlung und Vertriebene im Jahre 1957
- Ein neues Gemeinde- und Wohnplatzverzeichnis für Schleswig-Holstein

Heft 9/1958

- Die Entwicklung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1955 – 1957

Heft 10/1958

- Die nichtbundeseigenen Eisenbahnen Schleswig-Holsteins
- Die Stromversorgung Schleswig-Holsteins 1954 bis 1957
- Der Preisindex für die Lebenshaltung 1956 und 1957
- Anbau und Ernte von Gemüse 1955 bis 1957
- Ergebnisse der Statistik der Krebskrankheiten 1952 bis 1956
- Die allgemeinbildenden Schulen 1958

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43 602, Hausapp. 85. Schriftleitung: m.d.W.d.G.b. Dipl.-Psych. Heinemann, Kiel. Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM. Bestellungen nimmt entgegen: Stat. Landesamt Schleswig-Holstein – Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen